

Die Gewerkschaft

**Schrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter**

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 16
Königsplatz 15 (Redakteur E. Dittmer)
Telephon: Amt Moritzplatz 3105/06

**Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!**

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis: vierteljährlich durch die Post
(einschließlich Bestellgeld) 10 M.

Mitteleuropa am Abgrund.

Parallel mit dem rasenden Sturz der deutschen Mark fällt die Valuta der übrigen valutaschwachen mitteleuropäischen Länder, die ungarische Krone, die polnische Mark, die österreichische Krone. Ist der Sturz der Valuten nicht aufzuhalten, so wird das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben der ganzen kapitalistischen Welt vor unabweislichen Schwierigkeiten gestellt sein.

Die Handelsbilanz der valutaschwachen mitteleuropäischen Staaten ist allgemein schlecht. Ihre Einfuhr ist fast durchwegs größer als ihre Ausfuhr. Neben dem gemeinsamen Druck wirken aber die verschiedensten Gründe erschwerend auf die tranken Valuten ein. Deutschland trägt seine ungeheure Reparationslast, Österreich kann von den überstandenen Operationen nicht herausgerissen werden aus der großen Staatseinheit der Monarchie, nicht zu kommen. Ungarn seufzt unter dem Druck der unmöglichen, die besitzenden Klassen freilich wenig berührenden Wirtschafts- und Wirtschaftspolitik.

Gleich jedoch das Valutaesend jedes valutakranken Länder seine besonderen Verhältnisse hat, so ist es doch der „führenden“ schlechten Valuta, eben der deutschen, der die anderen sich herunterreißen, sowie der des Westens die an ihn geklirrten Berg-

Gewinn erzielt. Und da mit der Entwertung des Geldes die Löhne nicht im gleichen Verhältnis zunehmen, so profitiert er auch an dem derart entstehenden Abstand. Es profitiert der Großgrundbesitzer, der vergleichsweise niedrige Löhne zahlt und gewaltige Preise einheimst. Es profitiert der Bankier, dessen Geschäfte im Zusammenhang mit der Geldentwertung in unglaublicher Weise gefördert, dessen Umsatz kolossal gesteigert wird.

Diese Profitmacherei besteht jedoch nur in den Regionen des Großkapitals, und je mehr die Entwertung des Geldes zunimmt, desto höher hinauf rückt auch jene Grenzlinie, die die Gewinnenden von den Verlierenden scheidet. Mit der Entwertung des Geldes wächst auch der Kapitalbedarf der industriellen Unternehmen; wer nicht über genügenden Kapitalbesitz, über eine ausreichende Reserve an Devisen verfügt, der muß im wirtschaftlichen Kampfe unterliegen. Im Kriege sowohl wie in der Periode nach dem Kriege führt der Siegeszug des Großkapitals über Leichenhügel von Kleinkapitalisten hinweg.

Obwohl aber einem wesentlichen Teil der Kapitalisten die Gefahr droht, Opfer des Valutaruins zu werden, so wird doch in allen valutaschwachen Ländern jede Steuerreform-Bestrebungen heftigstem Widerstand begegnen. Dies gilt für jeden auf Rettung der zerstörten Valuta, auf Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichts gerichteten Versuch, der naturgemäß auf Kosten der besitzenden Klassen unternommen werden soll. Nur eine die besitzenden mit gesellschaftlicher Katastrophe bedrohende Aufsehung der vom Valutaesend betroffenen besitzlosen Volksteile, nur die Gefahr der gänzlichen Entwertung des Geldes vermag die besitzenden Klassen in Bewegung zu setzen. Und in dem Maße, als dieser Druck nachläßt, zerfließen auch die in augenblicklicher Aufwallung gefaßten Beschlüsse und Projekte.

Und dieselbe Kurzsichtigkeit, dieselbe Schwerfälligkeit, welche die besitzenden Klassen dem Valutaruin gegenüber auf dem Gebiete der inneren Finanzpolitik bekunden, genau das gleiche ist in dem Verhalten der Staaten mit guter, gegenüber jenen mit schlechter Valuta zu bemerken. So schwer z. B. die österreichischen Bankiers dazu zu bewegen sind, zur Verbesserung der österreichischen Valuta ihre mächtigen Devisenvorräte in einem gewissen Maß zur Verfügung zu stellen, ebenso schwer sind die neutralen und die Siegerstaaten in der Frage der Finanzhilfe für Österreich in Bewegung zu bringen.

Pathetische Ode.

Wohlthätige Macht der Bergel
Vor eurer urgewaltigen Größe
verneigt erschauernd ich das Haupt
und muß auf meine Ante sinken —
anbeten lernen.
Wie dröhnt der Wind in euren Klüften.
Wie rauscht die Flut der freien Bäche
unbändig reißend himmelab.
Und wie erglänzt ihr Titanen
in ungeahnter Feierpracht,
wenn Sonnenlicht in reichen Falten
frappant auf euren Gipfeln spielt.
O! Laßt mich steigen in die höchsten Höhen,
daß ich vergesse, wo die Erde ist.
Und unter mir in dichten Massen
sollt euch ihr Wolken schwerer ballen,
so daß ich abgetrennt von kleinen Dingen
nur einmal mir, mir selbst gedre;
bis daß der Schwindel meinen
schwachen Körper packt
und ich mit glückselig schwomm'nem Auge
hinunter in die Tiefe stürze
und nichts mehr wech.
Das wär mir recht!
Was ist entschlicher in unserm Leben
als jene Wanderung „bergab“.
—
Georg Keller, Böhlg.

Was werden die inneren Folgen des Marktsturzes sowie der österreichischen und ungarischen Kronenstürze sein?

Bei der Prüfung dieser Frage müssen wir uns vor allem halten, daß die schlechte Valuta in erster Linie das des armen Mannes ist. Der arme Mann hat nur mit diesem Gelde zu tun. Und an der Entwertung der eigenen Valuta muß vor allem der verlieren, welcher von Arbeitssuchen über seinem Gehalt lebt.

Ein beträchtlicher Teil der besitzenden Klassen profitiert von der Verschlechterung der inländischen Valuta. Und zwar nicht hier nicht allein an die Spekulanten, die im Wertabnahme, sondern an den Schwankungen ihre Profite machen. Es profitiert an dem der Valuta der Industriekapitalist, der die Devisen bezieht, Kredit in Anspruch nimmt und, da das Geld zur Rückzahlung weniger wert ist wie zu der Zeit, als der Kredit in Anspruch nahm, an dem Kreditgeschäft seinen

Und doch ist heute schon die Wechselwirkung zwischen den Valuten der verschiedenen Länder ganz offensichtlich, und die Tatsache, daß die Staaten der kapitalistischen Wirtschaft kommunizierende Gefäße sind, zum Gemeinplatz geworden. Der Valutaruin des einen Staates ruft eine wirtschaftliche Krise in dem anderen hervor, dessen Industrieprodukte infolge dieses Valutaruins des ersten keinen Absatz finden usw.

Dennoch aber sehen wir hier das gleiche, wie im inneren Leben der Staaten. Solange das Vermögen der Fabrikanten und Bankiers nicht geradezu von der Feuergesahr des wirtschaftlichen Ruins umzingelt ist, bis dahin schrecken sie auch vor jedem Opfer zurück. Solange die mächtigen Sieger nicht am eigenen Leib den Druck jener elementaren Wahrheit verspüren, die jedem bekannt ist, der nur eine blasse Idee von den Grundprinzipien der Wirtschaft besitzt, bis dahin bleiben sie unerschütterlich.

Als erstes rührte sich England, dessen Industrie am ehesten die Wirkungen der zerstörten Markt zu spüren bekam. Frankreich blieb unbeweglich. Die Anzahl der Freunde eines europäischen Wirtschaftsfriedens erstarrte in Frankreich erst damals, als die stürzende Markt auch die Franks mit sich zu reißen begann. Und wie schwer kommt es Frankreich an, selbst unter solchen Umständen auf die Legende des ins Unbegrenzte zahlungsfähigen Deutschland zu verzichten! Als die österreichische Krone auf den Stand des Schweizer Centime herunterkam, da suchte auch schon das Projekt der Aufhebung der Pfandrechte der Siegerstaaten auf. Jetzt steht die deutsche Markt genau so wie die österreichische Krone zur Zeit, als die Aufhebung der Pfandrechte zum gemeinsamen Wunsch der Sieger geworden war. Und gegenüber Deutschland freilich geht,

da an die deutschen Reparationen bei weitem stärkere wirtschaftliche und politische Interessen geknüpft sind, als österreichischen, der Verzicht naturgemäß viel schwerer mit weit stärkeren Erschütterungen vor sich. Amerika von diesen Nöten verhältnismäßig am wenigsten zu beunruhigt, legt gegenüber dem leidenden Europa frostigste Gleichgültigkeit an den Tag. Konferenz in London kämpfte nahezu mit denselben Seiten wie Genau.

Einzelne Denkende sehen diese Erscheinungen in der siegreichen Staaten sehr deutlich. Ja, es gibt sogar solche Massenströmungen, verkörpert insbesondere in den wirtschaftlichen und sozialistischen Parteien, welche die Notwendigkeit folgenden praktischen Maßnahmen verfechten. Mag aber auch in einzelnen und in ganzen politischen Kreisen ein solches Erkennen aufblitzen: Europas und der ganzen Kulturwelt Bewußtsein ist noch von Dämmerung umhüllt. Die Staaten tappen noch genau so im Dunkeln der führenden gesellschaftlichen Klassen. Und wenn in diesen spannten, dieser niederdrückenden Situation das Bewußtsein der Kulturmenschen nicht erwacht, ihre Selbstbefinnung nicht entsprechend organisiert, dann wird das Wirtschaftswelt nachkriegszeit dahin geraten, wo das politische Leben vor dem Ausbruch der Katastrophe gestanden hat. Europas wirtschaftliche Katastrophe wird in diesem Fall ausbleiblich sein. Und dieses Wirtschaftszusammenbruch ausbleibliche Folge wird die Vernichtung der europäischen Kultur sein.

Unser Mitgliederstand am 1. August 1922.

Auch für den Berichtsmonat Juli muß leider ein Rückgang in den Mitgliederzahlen konstatiert werden. Die Berichterstattung aus einzelnen größeren Filialen war gegenüber dem Vormonat sehr abweichend. Hervorgehoben wurde diese Tatsache wohl dadurch, daß viele Kollegen Kaffierer ihren Urlaub angetreten haben und die mit ihrer Vertretung beauftragten Kollegen nicht der genauen Ausführung der Berichtskarte die erforderliche Beachtung schenkten. Die Filialen, die gegenüber dem Vormonat einen wesentlichen Rückgang in den Mitgliederzahlen aufwiesen, haben wir um Rückäußerung über die Ursachen des Rückganges ersucht.

Recht erfreulich trotz dieses Rückganges ist, daß wir gegenüber dem Vormonat in weiteren 13 Orten neu festen Fuß fassen konnten. Das Organisationsgebiet des Verbandes erstreckt sich nunmehr auf 332 Filialen.

Nicht zur Einfindung gebracht wurde die Berichtskarte aus 173 Filialen, die unter Uebernahme der Zahlen des Vormonats 20 140 Mitglieder zählen.

Aus den 759 berichtenden Filialen wurden unter Hinzurechnung der 29 140 Mitglieder für die nichtberichtenden 173 Filialen 226 904 männliche, 52 246 weibliche, zusammen 279 150 Mitglieder ermittelt. Das Gesamtergebnis des Vormonats betrug 226 896 männliche, 53 609 weibliche, zusammen 280 495 Mitglieder.

Auf Grund dieses Ergebnisses ist demnach für den Berichtsmonat eine Zunahme von 18 männlichen und eine Abnahme von 1363 weiblichen Mitgliedern, insgesamt also ein Verlust von 1345 Mitgliedern festzustellen. Der Aufwärtsentwicklung der weiblichen Mitgliederzahlen, die in den letzten Monaten erfreulicherweise festgesetzt werden konnte, ist demnach wieder ein Rückgang gefolgt, während die Mitgliederzahlen der männlichen Mitglieder in den verfloßenen drei Monaten eine aufstrebende Tendenz zeigen.

Die Arbeitslosenziffern mit 1308 männlichen, 767 weiblichen, zusammen 2075 Arbeitslosen, haben einen Tiefstand erreicht, wie er innerhalb unserer Organisation seit dem 4. Quartal 1919 nicht zu verzeichnen gewesen ist. Bei diesen Ziffern ist die Abwärtsentwicklung in den letzten Monaten vorherrschend und entspricht der Lage des Arbeitsmarktes im allgemeinen.

In der Tabelle wird eine gau- und bezirkswise Ueberblick der Mitgliederbewegung und der Fälle von Arbeitslosigkeit gegeben. In 16 Gauen bzw. Bezirken muß eine Abnahme von 3036 Mitgliedern konstatiert werden, während in 20 Gauen bzw. Bezirken eine Zunahme von 1691 Mitgliedern zu verzeichnen ist, so daß, wie bereits vorerwähnt, ein Rückgang von 1345 Mitgliedern eingetreten ist.

Hauptorte der Arbeitslosigkeit innerhalb unseres Organisationsgebietes sind Berlin und Breslau. Aufgabe aller Mitglieder ist es, Mittel und Wege zu finden, wie der weiteren Ausbreitung der Arbeitslosigkeit entgegengetreten werden kann.

| Gau | Jahresmitglieder am 1. Juli 1922 | | Zahl der Mitglieder am 1. August 1922 | | Veränderung |
|-----------------------|----------------------------------|---------------|---------------------------------------|---------------|--------------|
| | männlich | weiblich | männlich | weiblich | |
| 1 Augsburg | 8117 | 2735 | 827 | 8062 | + 55 |
| 2 Berlin | 49 233 | 37348 | 11275 | 48618 | + 405 |
| 3 Bielefeld | 9842 | 2919 | 537 | 8450 | + 106 |
| 4 Brandenburg | 5354 | 4408 | 1046 | 6441 | + 87 |
| 5 Bremen | 7388 | 6402 | 648 | 7469 | + 62 |
| 6 Breslau | 13351 | 10202 | 8164 | 13426 | + 29 |
| Bez. Oberschlesien | 1822 | 1058 | 294 | 1317 | + 45 |
| 7 Dortmund | 4622 | 3049 | 1820 | 4899 | + 47 |
| 8 Dresden | 10594 | 8523 | 2364 | 10787 | + 193 |
| 9 Düsseldorf | 11677 | 9926 | 1829 | 11163 | + 524 |
| 10 Erfurt | 6830 | 5178 | 1130 | 6896 | + 22 |
| 11 Frankfurt a. M. | 15667 | 12794 | 2922 | 16716 | + 49 |
| 12 Frankfurt a. d. O. | 1846 | 1647 | 250 | 1897 | + 51 |
| 13 Halberstadt | 3792 | 3377 | 662 | 3939 | + 147 |
| 14 Halle | 2001 | 2200 | 814 | 2914 | + 113 |
| 15 Hamburg | 23279 | 18849 | 4738 | 23557 | + 88 |
| 16 Hannover | 7487 | 6353 | 1152 | 7507 | + 18 |
| 17 Karlsruhe | 5599 | 4298 | 818 | 5146 | + 75 |
| Bez. Eingen | 10 50 | 898 | 200 | 1028 | + 20 |
| Bez. Unterbaden | 4342 | 4233 | 894 | 4537 | + 20 |
| 18 Kiel | 4202 | 3500 | 495 | 3888 | + 37 |
| 19 Köln-Bonn | 12022 | 10752 | 1135 | 11857 | + 155 |
| 20 Königsberg i. Pr. | 7371 | 6473 | 1443 | 7316 | + 103 |
| Bez. Danzig | 3893 | 3350 | 510 | 3860 | + 33 |
| 21 Leipzig | 6614 | 4703 | 1885 | 6651 | + 37 |
| 22 Lübeck | 5103 | 3938 | 1156 | 5094 | + 87 |
| 23 Magdeburg | 9219 | 5104 | 1134 | 6298 | + 21 |
| 24 Mainz | 6647 | 5411 | 1165 | 6676 | + 23 |
| 25 München-Stadt | 8125 | 5924 | 8157 | 8157 | + 13 |
| 26 München | 3934 | 3421 | 474 | 3895 | + 53 |
| 27 Nieder-Lausitz | 1689 | 1448 | 257 | 1706 | + 61 |
| 28 Nürnberg | 7891 | 7016 | 893 | 7819 | + 163 |
| 29 Rheinpfalz | 8781 | 8173 | 621 | 8794 | + 51 |
| 30 Stettin | 6070 | 4863 | 1156 | 6019 | + 61 |
| 31 Stuttgart | 6171 | 5258 | 897 | 6150 | + 21 |
| 32 Zwickau | 7764 | 6821 | 1497 | 7818 | + 64 |
| Einzelmitglieder | 66 | 66 | 80 | 66 | - |
| Gesamt | 280495 | 226904 | 52246 | 279150 | +1345 |

Lehrer
Nr. 25 der
Bestellung für
die die von der
Abteilung wie v
mit der nütze
mitausgegeben
nachzuwe
ins Geld ge
der Stadt
Wahl mit 80
Quantum von
Kilometer ge
Schre 1920 w
bert. Das ist
und Jahr. C
gleich 2.13
Arbeitszeit
1920 Kubik
und Pferd 2.4
Wäre Entfern
Wärmenge ste
in Verhelfen
die Fernde
wurde noch
1. Durch Ein
die Abfahr
in pro Reich
nach ein
1920 a r

Tarifverhandlungen bei der Berliner Straßenbahn.

Seit dem 1. Oktober 1920, dem Tage der Bereinigung der Berliner Vororte mit Berlin zur neuen Stadtgemeinde Berlin, befindet sich das gesamte Personal der Straßenbahn unter dem Tarifvertrag der städtischen Arbeiter. Bis dahin waren infolge der unterschiedlichen Besitzverhältnisse die Arbeitsverhältnisse verschieden. War doch die Große Berliner Straßenbahn bis kurz vorher im Privatbesitz, andere Bahnen waren Berliner Besitz, wieder andere wurden von Vorortgemeinden betrieben.

Abweichungen vom Tarifvertrage, die sich durch die Eigenart des Straßenbahnbetriebes notwendig machten, waren in sogenannten „Dienstverteilungsvoorschriften“ zwischen Direktion und Betriebsrat geregelt.

Der 2. Manteltarif lief am 31. Dezember 1921 ab. Bei den Verhandlungen im November 1921 trat die Direktion mit dem Verlangen hervor, für die Straßenbahn einen Sondertarif abzuschließen, der natürlich dem des Privatunternehmerverbandes der Deutschen Klein- und Straßenbahnen ähneln sollte. Dieser Versuch wurde abgewehrt, doch unsrerseits zugegeben, daß die Verhältnisse, die sich abweichend vom Hauptvertrage gebildet hatten, z. B. Arbeitszeit usw., nunmehr tariflich festgelegt werden sollten.

Diese Verhandlungen blieben bis zum Februarstreik erfolglos. Nach dem Streik und nach Abschluß des 3. Manteltarifs legte die Direktion einen neuen Entwurf zum Anhang des 3. Manteltarifes vor. In diesem Entwurf wurde neben der Regelung der Arbeitszeit (Turnus) von der Direktion verlangt:

1. Eine andere Verrechnung der Haltezeiten, die eine Mehrleistung von etwa 8-9 Minuten pro Tag und pro Kopf ergab.
2. Eine Verkürzung der Vorbereitungs- und Abschlußzeiten: für Fahrer von 15 Minuten, Uebernahme auf 5 Minuten, Wagenabgabe sollte mit 5 Minuten bestehen bleiben. Für Schaffner Vorbereitungszeit 5 Minuten, bisher 10 Minuten, und für Abgabe der Tagestasse 10 Minuten, bisher 20 Minuten.
3. Bei Zugerspätungen sollten Ueberstunden erst nach 20 Minuten bezahlt werden, bisher nach 10 Minuten.

Ueber diese drei Punkte erklärte das Lohnkartell sich zu Verhandlungen bereit. Die Verhandlungen der übrigen drei Punkte, die Abkummeln von Ueberstunden, Wegfall der Zuschläge für Nacharbeit (8 Proz.), Sonntagsdienst (25 Proz.) und Fortfall der Bezahlgung der Wochenfeiertage betrafen, lehnte das Lohnkartell rundweg ab mit dem Hinweis auf den Haupttarif.

Ferner wurde vom Lohnkartell gefordert, den Monat mit 209, bisher 208, Stunden zu berechnen, als Ausgleich für den sogenannten 365. Tag und für das Abholen des Geldes in der freien Zeit. Zu Punkt 2 der Direktionsvorlage wurde eine Verlängerung der Abrechnungszeit für Schaffner von 20 auf 30 Minuten verlangt, da die Zeit von 20 Minuten bei der hohen Einnahme nicht mehr ausreicht. Als 8. Streitpunkt stellte sich bei den Verhandlungen die sogenannte Freifahrtkarte heraus. Die Direktion wollte die Berechtigung zur freien Fahrt auf den Linien der Straßenbahn ebenfalls vollständig abschaffen. Eine Einrichtung, die seit 1903 bei der Stadt Berlin besteht. In den Verhandlungen, die sich monatelang hinzogen, wurde keine Einigung erzielt.

In drei großen Versammlungen am 28. Juni hieß die Kollegen-schaft das Verhalten der Verhandlungskommission gut. Zwecks Regelung der Streitfrage wurde ein Schiedsgericht unter dem Vorsitz des Staatssekretärs a. D. v. Röllendorf eingesetzt, das am 24. und 25. Juli 1922 im Reichsarbeitsministerium tagte.

Bei den Verhandlungen vor dem Schiedsgericht wurde von unseren Kollegen Polenske und Schauer betont, daß das Schiedsgericht nicht auf die Streitpunkte eingehen könne, die den Fortfall der Nacht- und Sonntagszuschläge und für die Wochenfeiertage betrafen (Punkt 5-7), das sie im Hauptvertrage geregelt seien. Nach zweitägigen Beratungen wurde folgender Spruch verkündet:

1. Nach einer Stunde Fahrzeit werden normal 10 Minuten Haltezeit als Dienstzeit berechnet. Ergibt sich aus den Fahrplänen mehr oder weniger als die normale Haltezeit, so erfolgt innerhalb eines Bahn-tages Aufrechnung gegeneinander; Ueberflüsse werden ebenfalls als Dienstzeit berechnet.
2. Für die Uebernahme des Wagens auf dem Bahnhof werden den Schaffnern 10 Minuten, für die Abgabe der Tagestasse und Abrechnung usw. 20 Minuten als Arbeitszeit berechnet. Die Fahrer erhalten für die Uebernahme des Wagens auf dem Bahnhof 15 Minuten, für die Ablieferung des Wagens 5 Minuten als Dienstzeit zugesprochen.
3. Der beantragte Ausgleich für das Abholen des Lohnes in der freien Zeit und für den sogenannten 365. Tag wird nicht gewährt.

4. Im Straßenbahnbetriebsdienst werden Zugverpätungen nur dann als Ueberstunden bezahlt, sofern die Verpätungen 15 Minuten betragen.

5. Ueber die normale wöchentliche Arbeitszeit gleiche Ueber-arbeit kann, wenn es im Betriebsinteresse liegt, durch zeitweilige Freizeiten ausgeglichen werden.

6. Alle Arbeit an jedem einzelnen festgesetzten Dienstage sowie alle außerplanmäßige Nacharbeit wird mit einem Lohnzuschlag von 66% Proz. vergütet. Für planmäßige Sonntagsarbeit wird kein Lohnzuschlag gezahlt. Bei mehr als 8 Stunden Dienstleistung an dienstfreien Tagen wird ein weiterer Zuschlag gewährt.

7. Der § 8 des Manteltarifs findet keine Anwendung.

8. Freifahrt wird gewährt: a) für alle Fahrten zu und von Arbeitsstelle, b) für alle Fahrten in Uniform, c) für mindestens 20 Privatfahrten des nicht uniformierten Personals, d) für monatlich 10 Privatfahrten, die das uniformierte Personal ohne Rücksicht auf Grund von Ausweisen zur Zuführung von Offizier-Fahrpersonal, und zwar im Rahmen der bisherigen Berechnungsmethode, e) auf Grund von Ausweisen zur Zuführung von Offizier-Fahrpersonal, und zwar im Rahmen der bisherigen Berechnungsmethode.

9. Den Parteien wird aufgegeben, sich über die Annahme der Entscheidung des Schiedsgerichtes bis zum 4. August 1922 dem Reichsarbeitsministerium gegenüber zu erklären.

Dieser Schiedspruch befaßt sich also doch mit den Punkten und trägt dem Verlangen der Direktion und des Magistrats Recht. Juristisch ist in diesem Teil der Spruch nicht stichhaltig, wie die Rechtsgutachten besagen. Im übrigen bringt er wesentliche Verschlechterungen gegenüber den bisherigen Zuständen.

In vier großen überfüllten Versammlungen nahmen am 1. und 2. August die Kollegen Straßenbahner Stellung zum Schiedspruch. Das Lohnkartell empfahl Ablehnung. Sämtliche Redner sprachen im gleichen Sinne. Folgende Entschlußfassung in allen Versammlungen einstimmige Annahme:

„Die äußerst zahlreich versammelten Bediensteten der Straßenbahn haben von dem am 25. Juli 1922 im Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedspruch mit größter Entrüstung Kenntnis genommen und protestieren nachdrücklich gegen die ihnen zugemuteten Verschlechterungen, die u. a. für jeden Angestellten der Straßenbahn monatliche Verminderung seines Einkommens um circa 300 Mk. ohne daß andererseits ein genügender Ausgleich herbeigeführt wird. Die Versammelten weisen daher die ihnen durch den Schiedsgerichtsweg gewiesene Sonderstellung im Manteltarife ab und beschließen die Ablehnung des Schiedspruches, da sich die Lebenslage der Straßenbahner auch ohne den jetzt unerträglich gestellten hat. Die Versammelten fordern ferner die zwingende Notwendigkeit an, jede weitere gesetzliche Zersplitterung in ihren Reihen nachdrücklich abzuwehren, als freiergewerkschaftlichen Bestrebungen zu bekämpfen und gegen die stehenden Kollegen ungeschämt den in Frage kommenden unabhängigen gewerkschaftlichen Organisationen zuzuführen, damit einheitliche Verschlechterungsgelassen der Straßenbahndirektion die gefürchtete Einzelkämpferstellung der Arbeitnehmer entgegengesetzt werden kann.“

Am 1. und 2. August 1922 wurde Urabstimmung genommen, die folgendes Ergebnis zeitigte: Ablehnung des Schiedspruches: 10271, Annahme: 734, ungültig 90. Die Entscheidung des Schiedsgerichtes wurde dem Reichsarbeitsministerium mitgeteilt.

Anmerkungen zu nebenstehender Tabelle.

1) Badische Gemeinden. Die Sonderklasse kommt für Berlin in Betracht. Angegeben sind die Höchsthöhe noch vier Jahren. 2) Bayerische Gemeinden. Berechnet nach Gruppe B. Gruppe A höhere Löhne, qualifizierte. 3) Die Höhe des Höchstbetrags der Kinderzulage. Die Lohnsätze sind der Bezirkschreibstelle gefällig und vom Zentralauschuss bestätigt. 4) Gültige Zustimmung beider Vertragsparteien steht noch aus. 5) Harbergische Gemeinden. Gelehrten Handwerker, Köchinnen, Maschinenisten kann ein Lohnzuschlag bis 10 Proz., den Dienstleistungen Gaswerks und den Schlachtereien ein solcher bis zu 8 Proz. werden. Die diesbezüglichen Vereinbarungen sind mit dem Betriebsobmann zu treffen. 6) Pflanzliche Gemeinden. In diesen Löhnen kommt eine Besatzungszulage. In Klasse I selbst 225 Mk., Klasse II 190 Mk. Ferner eine Besatzungszulage von 40 Mk. pro Monat. 7) Freiraat Hessen. Zu kommen Uebererziehungszuschläge für Offenbach 1,75 Mk., 1 Mk., Diebrich, Gonsenheim, Mainz, Weisenau, Kleeboden und 0,80 Mk., Kampertheim 0,70 Mk. und Bensheim 0,40 Mk. 8) Minden-Ravensberg. Bielefeld zahlt in Gruppe I-III in Gruppe IV 0,60 Mk. mehr pro Stunde. 9) Hannover. In Klasse Ia berechneten Löhne kommen für Reichsbetriebe in Schwerbetrieben werden höhere Löhne gezahlt. 10) Rheinland-Pfalz. Die Ortsklassen sind in Neben-Betriebsstellen geteilt. 11) Saarländische Kommunen. In diesen Löhnen kommt eine Besatzungszulage in Höhe von monatlich 225 Mk. an Verbetriehten, an Ledige, 40 Mk. für jedes Kind. 12) Württemberg. Siehe Lohnsätze

Lohnregelung ab 1. August im Bereich des Arbeitgeberverbandes badischer Gemeinden

Der Stundenlohn wird erhöht: ab 1. August um 5 Mt., ab 16. August um weitere 2 Mt., also im ganzen um 7 Mt. Die Arbeiterinnen in Lohngruppe 4 erhalten 75 Proz. dieser Sätze. Mannheim ist berechtigt, außerdem ab 1. August eine weitere Zulage von 2 Mt. pro Stunde zu bewilligen, also ab 1. August insgesamt 7 Mt., ab 16. August insgesamt 9 Mt. Dabei geben die Arbeitnehmerorganisationen die Erklärung ab, daß sie sich verpflichten, dafür einzutreten, daß aus dieser Sonderbewilligung für Mannheim Konsequenzen in anderen Städten nicht entstehen. Bei Abschnitt II, Ziffer 5 des Lohnabkommens wird für Handwerker die weitere Dienstaltersstufe hinzugefügt: Ortsklasse A nach Vollendung des 5. Jahres 3,— Mt. pro Stunde, Ortsklasse B nach Vollendung des 5. Jahres 2,40 Mt. pro Stunde, in den übrigen Ortsklassen nach Vollendung des 5. Jahres 1,80 Mt. Die Frauenzulage in Ortsklasse B wird der in Ortsklasse A gleichgestellt, beträgt also ab

1. August 1 Mt. pro Stunde, für jeden lohnberechtigten Tag nicht mehr als 8 Mt. In den übrigen Ortsklassen bleibt die Frauenzulage gleich wie bisher. — Die Städte, die die Löhne bisher Ortsklasse A gezahlt haben, sind beim Vorliegen besonderer gehender Teuerung oder besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse berechtigt, vorübergehend eine Sonderzulage zu zahlen, und zwar: a) für alle verheirateten Arbeiter und Ledigen über 24 Jahre 10 Proz. des Lohnes, b) für alle Arbeiter unter 24 Jahren und Arbeiterinnen bis zu 5 Proz. des Lohnes. Auf die Forderung der Arbeitnehmer, nach dem 15. August Lohnverhandlungen zu führen, erklärte der Vorstand, daß nach neuen Lohnabkommen eine Verpflichtung des Arbeitgeberverbandes hierzu nicht besteht. Jedoch ist der Vorstand bereit, in neue Verhandlungen einzutreten, wenn das Reich für August neue Erhöhungen beschließen sollte.

Arbeiterlöhne im Bereiche des Arbeitgeberverbandes badischer Gemeinden, August 1922:

| Lohngruppe: | Ortsklassen | | | | | | | | | |
|----------------|--------------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
| | Sonderkl. Mannheim | | A | | B | | C | | D | |
| | 1.-15. | 16.-31. | 1.-15. | 16.-31. | 1.-15. | 16.-31. | 1.-15. | 16.-31. | 1.-15. | 16.-31. |
| Borarbeiter I. | 38,65-41,65 | 40,95-43,95 | 35,10-38,10 | 37,30-40,30 | 30,50-32,90 | 32,50-34,90 | 28,25-30,05 | 30,25-32,05 | 27,25-29,05 | 29,25-31,05 |
| über 24 J. | 37,65-40,65 | 39,95-42,95 | 34,10-37,10 | 36,30-39,30 | 29,50-31,90 | 31,50-33,90 | 27,50-29,30 | 29,50-31,30 | 26,50-28,30 | 28,50-30,30 |
| Verh. 21-24 J. | 36,50-39,50 | 38,80-41,80 | 33,00-36,00 | 35,20-38,20 | 28,50-30,90 | 30,50-32,90 | 26,50-28,30 | 28,50-30,30 | 25,50-27,30 | 27,50-29,30 |
| Ledig 21-24 J. | 35,00-38,00 | 37,20-40,20 | 31,50-34,50 | 33,60-36,60 | 27,50-29,90 | 29,50-31,90 | 25,50-27,30 | 27,50-29,30 | 24,50-26,30 | 26,50-28,30 |
| von 18-21 J. | 32,45-35,45 | 34,55-37,55 | 30,45-33,45 | 32,55-35,55 | 27,50-29,90 | 29,50-31,90 | 25,50-27,30 | 27,50-29,30 | 24,50-26,30 | 26,50-28,30 |
| II. | | | | | | | | | | |
| über 24 J. | 37,10-38,10 | 39,40-40,40 | 33,55-34,55 | 35,75-36,75 | 29,00-29,80 | 31,00-31,80 | 26,50-27,10 | 28,50-29,10 | 25,50-26,10 | 27,50-28,10 |
| Verh. 21-24 J. | 35,90-36,90 | 38,20-39,20 | 32,45-33,45 | 34,65-35,65 | 28,00-28,80 | 30,00-30,80 | 25,50-26,10 | 27,50-28,10 | 24,50-25,10 | 26,50-27,10 |
| Ledig 21-24 J. | 34,45-35,45 | 36,65-37,65 | 30,95-31,95 | 32,95-33,95 | 27,00-27,80 | 29,00-29,80 | 24,50-25,10 | 26,50-27,10 | 23,50-24,10 | 25,50-26,10 |
| von 18-21 J. | 31,90-32,90 | 34,00-35,00 | 29,90-30,90 | 32,00-33,00 | 27,00-27,80 | 29,00-29,80 | 24,50-25,10 | 26,50-27,10 | 23,50-24,10 | 25,50-26,10 |
| III. | | | | | | | | | | |
| über 24 J. | 35,90-36,90 | 38,20-39,20 | 32,45-33,45 | 34,65-35,65 | 28,00-28,80 | 30,00-30,80 | 25,50-26,10 | 27,50-28,10 | 24,50-25,10 | 26,50-27,10 |
| Verh. 21-24 J. | 34,80-35,80 | 37,10-38,10 | 31,35-32,35 | 33,55-34,55 | 27,00-27,80 | 29,00-29,80 | 24,50-25,10 | 26,50-27,10 | 23,50-24,10 | 25,50-26,10 |
| Ledig 21-24 J. | 33,35-34,35 | 35,55-36,55 | 29,90-30,90 | 32,00-33,00 | 27,00-27,80 | 29,00-29,80 | 24,50-25,10 | 26,50-27,10 | 23,50-24,10 | 25,50-26,10 |
| von 18-21 J. | 30,85-31,85 | 32,95-33,95 | 28,85-29,85 | 30,95-31,95 | 26,00-26,80 | 28,00-28,80 | 23,50-24,10 | 25,50-26,10 | 22,50-23,10 | 24,50-25,10 |
| IV. | | | | | | | | | | |
| über 24 Jahre | 24,30-25,30 | 25,90-26,90 | 22,80-23,80 | 23,90-24,90 | 18,75-19,55 | 20,25-21,05 | 16,25-16,85 | 17,75-18,55 | 15,25-15,85 | 16,75-17,55 |
| 21-24 | 23,25-24,25 | 24,85-25,85 | 21,75-22,75 | 22,85-23,85 | 17,75-18,55 | 19,25-20,05 | 15,25-15,85 | 16,75-17,55 | 14,25-14,85 | 15,75-16,55 |
| 18-21 | 22,20-23,20 | 23,80-24,80 | 20,70-21,70 | 21,80-22,80 | 16,75-17,55 | 18,25-19,05 | 14,25-14,85 | 15,75-16,55 | 13,25-13,85 | 14,75-15,55 |

Der Stundenlohn für Arbeiterinnen über 24 Jahre beträgt in Mannheim in Lohngruppe II vom 1.—15. 34—35 Mt., vom 16.—31. 36,10—37,10 Mt., von 21—24 Jahren in Lohngruppe II vom 1.—15. 32,95—33,95 Mt., vom 16.—31. 35,10—36,10 Mt., über 24 Jahre in Lohngruppe III vom 1.—15. 32,95—33,95 Mt., vom 16.—31. 35,10—36,10 Mt., von 21—24 Jahren in Lohngruppe III vom 1.—15. 31,90—32,90 Mt., vom 16.—31. 34—35 Mt., über 24 Jahre in Ortsklasse A in Lohngruppe II vom 1.—15. 32,05—33,05 Mt.,

vom 16.—31. 34,10—35,10 Mt., vom 21—24 Jahren in Lohngruppe III vom 1.—15. 30,95—31,95 Mt., vom 16.—31. 33,10—34,10 Mt. Die Frauenzulage beträgt pro Stunde in Ortsklasse A und B 1 Mt., in C und D 60 Pf. Die übrigen Sätze Kinderzulagen usw. gelten wie bisher. Der Höchstlohn wird in Lohngruppe I nach fünf Jahren, in den übrigen Lohngruppen vier Jahren erreicht. Borarbeiter erhalten in Ortsklasse A und B 1 Mt., in C und D 75 Pf. die Stunde.

Aus Politik und Volkswirtschaft

Politisches.

Die politische Lage Deutschlands wird zurzeit gekennzeichnet durch den Konflikt Bayerns mit dem Reich und durch die Schwierigkeiten in der Außenpolitik, die uns diesmal weniger von der Entente in ihrer Gesamtheit, als von ihrem einflussreichsten Teil, Frankreich, bereitet werden. Die Differenzen mit Bayern scheinen ja nun beigelegt zu werden, nachdem sich der reaktionäre Mob in den Straßen Münchens ausgetobt hat und einflussreiche Blätter, wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ und die „Bayerische Staatszeitung“ zum Rückzug bliesen. — Schwieriger sind aber die Vermittlungen, die uns von Frankreich drohen. Es ist Deutschland unmöglich, auf die Dauer die Reparationslasten pünktlich aufzubringen. Die Reichsregierung hatte deshalb bei den Ententemächten die Gewährung eines länger befristeten Moratoriums beantragt. Der vernünftiger Teil der Entente, insbesondere England und Italien, sehen auch die Notwendigkeit der Etundung der Zahlungsfristen ein. Allein Frankreich bestand, wie Ehmloch auf seinen Schein, auf dem Versailler „Friedensvertrag“ und das Londoner Finanzabkommen. Schließlich wollte es ein kurzfristiges Moratorium zugestehen unter Gewährung weitgehender Pfänder. Insbesondere verlangte Frankreich die Zollabschaffung des Rheinlandes und des Ruhrgebiets, 60 Proz. der Aktien der deutschen chemischen Industrie, weitergehende Kontrolle der deutschen Finanzen als bisher usw. Eine Konferenz der Entente in London sollte über das Moratorium entscheiden. Da England, Italien und zum guten Teil auch Belgien dem französischen Verlangen nicht nachgaben, Poincaré aber auf seiner Forderung beharrte, lief die Konferenz ergebnislos auseinander. Es besteht sogar die Gefahr, daß die Entente auseinanderfällt. Inzwischen vergnügte sich Poin-

caré mit der Ausweisung von 500 Deutschen aus Eliaß-Lothringen die ohne alle Mittel über die Grenze geschoben wurden. Was nun aus dieser Situation ergibt, zeigt eine Rede, die Reichsminister Dr. Brüning am 16. August vor Vertretern der ausländischen Botschaften gehalten hat, aus der wir nachstehende Sätze wiedergeben:

Die Konferenz in London ist unter Umständen zu Ende gegangen die nicht nur die dringend nötige Klärung der europäischen Lage gebracht hat, sondern vielmehr eine noch größere Unsicherheit gebracht als sie vorher bestanden hat. Vor der ersten Trotnote der französischen Regierung vom 26. Juli 1922 stand der Dollar noch auf 450, nachher er bis auf 200. Nach der zweiten Trotnote vom 5. August 1922 sank er fast bis 900, und nach dem ergebnislosen Abbruch der Londoner Konferenz auf 1050. Diese Stappen zeigen die wirklichen Gründe für den Dollarsturz. — Welche Folgen dieser Marksturz für Deutschland liegt auf der Hand:

Beitern Verelendung breiter Volksschichten, Zerstörung des Exportgewinns, Abherrung der nötigen Lebensmittel- und Rohstoffausbeute, Ausverkauf der Lagerbestände, Hungernot, Verelendung der Massen, Unterjochung jeder Regierungsautorität und speziell der deutsche Industrie Vernichtung des Betriebskapitals und Erlahmung der Produktion.

Wenn der französische Ministerpräsident behauptet, Frankreich eine Beteiligung von 20 Proz. an der deutschen chemischen Industrie die Herstellung von Giftgasen zu verhindern, so muß demgegenüber hingewiesen werden, daß der Friedensvertrag den alliierten Mächten nicht allein genug gibt, diese Betriebe darauf zu kontrollieren, daß Giftgas hergestellt werden, und daß von dieser Kontrollmöglichkeit nicht mehr als genug Gebrauch gemacht wird. Diese Behauptung einfach der Vorstand dafür, daß man in die Geschäftswelt der deutschen Industrie eindringen und ihre Konkurrenz bekämpfen heute ist die Welt auf 1/10 ihres Friedenswertes gesunken. Diese Tatsache macht es unmöglich, für Verhandlungen zu

...ausländische Zahlungsmittel auf dem Devisenmarkt anzukaufen. ... zu einem vernünftigen Ergebnis und zu dem unumgänglichen Notwendem geführt, dann stände der Dollar heute nicht auf 1050 Mt., ... wieder auf 400 oder 500, und das Vertrauen der Welt ... Kreditfähigkeit wäre teilweise wiederhergestellt. So aber ... die deutsche Kreditfähigkeit wäre teilweise wiederhergestellt. So aber ... die deutsche Kreditfähigkeit wäre teilweise wiederhergestellt. So aber ...

... durch eine solche Politik schließt Frankreich selbst das Ziel, von ... zu erhalten, immer weiter hinaus. Nach allen ... Satzungungen der letzten drei Jahre hat der französische Minister ... den noch einmal den Nachweis erbracht, daß mit Trohungen und ... Anekdote das gesamte europäische Problem nicht gelöst ... unter dessen Tute Deutschland und Oesterreich am meisten ... kann, unter dessen Tute Deutschland und Oesterreich am meisten ... kann, unter dessen Tute Deutschland und Oesterreich am meisten ...

... nicht an das deutsche Volk die erste Mahnung, dieser ... nicht an das deutsche Volk die erste Mahnung, dieser ... nicht an das deutsche Volk die erste Mahnung, dieser ...

... keine Worte werden sich an alle, die an der Rettung Europas ... keine Worte werden sich an alle, die an der Rettung Europas ... keine Worte werden sich an alle, die an der Rettung Europas ...

... Die politischen Folgerungen aber, die die französische ... Die politischen Folgerungen aber, die die französische ... Die politischen Folgerungen aber, die die französische ...

... Sieht man denn dort nicht ein, daß Deutschland ... Sieht man denn dort nicht ein, daß Deutschland ... Sieht man denn dort nicht ein, daß Deutschland ...

... nicht leisten kann? Noch einmal haben wir 10 Millionen ... nicht leisten kann? Noch einmal haben wir 10 Millionen ... nicht leisten kann? Noch einmal haben wir 10 Millionen ...

... Die deutsche Regierung hat die Pflicht, zu sorgen, ... Die deutsche Regierung hat die Pflicht, zu sorgen, ... Die deutsche Regierung hat die Pflicht, zu sorgen, ...

... das deutsche Volk Brot hat für das Späthjahr und den Sommer ... das deutsche Volk Brot hat für das Späthjahr und den Sommer ... das deutsche Volk Brot hat für das Späthjahr und den Sommer ...

... So zerbricht alles in unseren Händen, was wir politisch, sozial ... So zerbricht alles in unseren Händen, was wir politisch, sozial ... So zerbricht alles in unseren Händen, was wir politisch, sozial ...

... nicht geschehen haben. Wie kann das Staatsgefühl Wurzel lassen ... nicht geschehen haben. Wie kann das Staatsgefühl Wurzel lassen ... nicht geschehen haben. Wie kann das Staatsgefühl Wurzel lassen ...

... des Volkes, wenn der Staat nicht mehr in der Lage ist, ihm ... des Volkes, wenn der Staat nicht mehr in der Lage ist, ihm ... des Volkes, wenn der Staat nicht mehr in der Lage ist, ihm ...

... Brot zu angemessenen Preisen zu geben? Ganze Klassen des ... Brot zu angemessenen Preisen zu geben? Ganze Klassen des ... Brot zu angemessenen Preisen zu geben? Ganze Klassen des ...

... zu versetzen in Elend und Verweisung. An mein Ohr bringen die ... zu versetzen in Elend und Verweisung. An mein Ohr bringen die ... zu versetzen in Elend und Verweisung. An mein Ohr bringen die ...

... der Leiter, die durch den Zusammenbruch des Geldwertes gegen ... der Leiter, die durch den Zusammenbruch des Geldwertes gegen ... der Leiter, die durch den Zusammenbruch des Geldwertes gegen ...

... den Nichts stehen. Ich erinnere nur an die deutsche Wissenschaft, ... den Nichts stehen. Ich erinnere nur an die deutsche Wissenschaft, ... den Nichts stehen. Ich erinnere nur an die deutsche Wissenschaft, ...

... der Kunst ganz zu schweigen, an jene Einrichtungen, die der mensch ... der Kunst ganz zu schweigen, an jene Einrichtungen, die der mensch ... der Kunst ganz zu schweigen, an jene Einrichtungen, die der mensch ...

... lich geschaffen und die dem Dienst der ganzen Menschheit geweiht ... lich geschaffen und die dem Dienst der ganzen Menschheit geweiht ... lich geschaffen und die dem Dienst der ganzen Menschheit geweiht ...

... zu die medizinischen Institute, die ihre Forschungen ... zu die medizinischen Institute, die ihre Forschungen ... zu die medizinischen Institute, die ihre Forschungen ...

... den müssen, weil ihre Stiftungskapitalien entwertet sind. Wissen ... den müssen, weil ihre Stiftungskapitalien entwertet sind. Wissen ... den müssen, weil ihre Stiftungskapitalien entwertet sind. Wissen ...

... Seite können nicht mehr gedruckt werden. Ein Gelehrter sagte ... Seite können nicht mehr gedruckt werden. Ein Gelehrter sagte ... Seite können nicht mehr gedruckt werden. Ein Gelehrter sagte ...

... müße die Arbeit von Jahren als Manuscript in die Bibliothek ... müße die Arbeit von Jahren als Manuscript in die Bibliothek ... müße die Arbeit von Jahren als Manuscript in die Bibliothek ...

... Ein Leben vor einer großen Katastrophe der europäischen Kultur, ... Ein Leben vor einer großen Katastrophe der europäischen Kultur, ... Ein Leben vor einer großen Katastrophe der europäischen Kultur, ...

... von ihre Lebensquellen versiegen läßt. Auch die Böhntätig ... von ihre Lebensquellen versiegen läßt. Auch die Böhntätig ... von ihre Lebensquellen versiegen läßt. Auch die Böhntätig ...

... gehalten u. dgl., die Kigarette kommen zum Erliegen. ... gehalten u. dgl., die Kigarette kommen zum Erliegen. ... gehalten u. dgl., die Kigarette kommen zum Erliegen. ...

... das gewinnt Frankreich? Nichts; denn es macht Deutschland nur ... das gewinnt Frankreich? Nichts; denn es macht Deutschland nur ... das gewinnt Frankreich? Nichts; denn es macht Deutschland nur ...

... unannehmlich. Auf die Unmöglichkeit der Goldleistungen muß natur ... unannehmlich. Auf die Unmöglichkeit der Goldleistungen muß natur ... unannehmlich. Auf die Unmöglichkeit der Goldleistungen muß natur ...

... die Unmöglichkeit der Goldleistungen folgen, die einem per ... die Unmöglichkeit der Goldleistungen folgen, die einem per ... die Unmöglichkeit der Goldleistungen folgen, die einem per ...

... Einrichstungsleiter nicht auf die Dauer entzogen werden können. ... Einrichstungsleiter nicht auf die Dauer entzogen werden können. ... Einrichstungsleiter nicht auf die Dauer entzogen werden können. ...

... die nächste Politik in Deutschland ist die Sicherung der ... die nächste Politik in Deutschland ist die Sicherung der ... die nächste Politik in Deutschland ist die Sicherung der ...

... der Ordnung. An dieser staatlichen Ordnung eines 60-Millionen ... der Ordnung. An dieser staatlichen Ordnung eines 60-Millionen ... der Ordnung. An dieser staatlichen Ordnung eines 60-Millionen ...

... die ganze Welt interessiert."

Genossenschaftliches.

Die 9. Generalversammlung der „Volksfürsorge“ nahm zunächst ... Bericht des Vorstandes durch Lesung entgegen. Vor einem ... Bericht des Vorstandes durch Lesung entgegen. Vor einem ... Bericht des Vorstandes durch Lesung entgegen. Vor einem ...

... die Generalversammlung die Aufnahme der Großlebens ... die Generalversammlung die Aufnahme der Großlebens ... die Generalversammlung die Aufnahme der Großlebens ...

... beschlossen, die am 1. Juli 1921 erfolgt ist. Wenn die ... beschlossen, die am 1. Juli 1921 erfolgt ist. Wenn die ... beschlossen, die am 1. Juli 1921 erfolgt ist. Wenn die ...

... Monate einen größeren Antragszugang nicht erwarten ließen, ... Monate einen größeren Antragszugang nicht erwarten ließen, ... Monate einen größeren Antragszugang nicht erwarten ließen, ...

... man doch mit dem Resultat zufrieden sein. Es gingen ... man doch mit dem Resultat zufrieden sein. Es gingen ... man doch mit dem Resultat zufrieden sein. Es gingen ...

... Anträge mit einer Versicherungssumme von 81 976 500 Mt. ein. ... Anträge mit einer Versicherungssumme von 81 976 500 Mt. ein. ... Anträge mit einer Versicherungssumme von 81 976 500 Mt. ein. ...

... durchschnittlich auf einen Antrag entfallende Summe beträgt nicht ... durchschnittlich auf einen Antrag entfallende Summe beträgt nicht ... durchschnittlich auf einen Antrag entfallende Summe beträgt nicht ...

... 10 000 Mt. — Es ist aber vor kurzem für die Volksversicherung ... 10 000 Mt. — Es ist aber vor kurzem für die Volksversicherung ... 10 000 Mt. — Es ist aber vor kurzem für die Volksversicherung ...

... höchste Versicherungssumme auf 10 000 Mt. erhöht und dem ... höchste Versicherungssumme auf 10 000 Mt. erhöht und dem ... höchste Versicherungssumme auf 10 000 Mt. erhöht und dem ...

... 50 Mt. festgelegt worden. Die Volksversicherung hat weiter ... 50 Mt. festgelegt worden. Die Volksversicherung hat weiter ... 50 Mt. festgelegt worden. Die Volksversicherung hat weiter ...

... Schritte gemacht. Der Antragszugang ist zwar gegen das ... Schritte gemacht. Der Antragszugang ist zwar gegen das ... Schritte gemacht. Der Antragszugang ist zwar gegen das ...

... etwas zurückgegangen, doch ist die Versicherungssumme ... etwas zurückgegangen, doch ist die Versicherungssumme ... etwas zurückgegangen, doch ist die Versicherungssumme ...

... geblieben. In Anträgen wurden 206 111 mit 370,5 Mill. ... geblieben. In Anträgen wurden 206 111 mit 370,5 Mill. ... geblieben. In Anträgen wurden 206 111 mit 370,5 Mill. ...

... Versicherungssumme eingebracht. Des immer noch fallenden ... Versicherungssumme eingebracht. Des immer noch fallenden ... Versicherungssumme eingebracht. Des immer noch fallenden ...

... Preises wegen muß weiter darauf hingearbeitet werden, die Ver ... Preises wegen muß weiter darauf hingearbeitet werden, die Ver ... Preises wegen muß weiter darauf hingearbeitet werden, die Ver ...

... zusammen zu erhöhen. Der Vorstand wird unausgesetzt be ... zusammen zu erhöhen. Der Vorstand wird unausgesetzt be ... zusammen zu erhöhen. Der Vorstand wird unausgesetzt be ...

... dieses Ziel so weit nur immer möglich zu erreichen. ... dieses Ziel so weit nur immer möglich zu erreichen. ... dieses Ziel so weit nur immer möglich zu erreichen. ...

... der „Volksfürsorge“ ist 1921 von 24 Millionen Mark ... der „Volksfürsorge“ ist 1921 von 24 Millionen Mark ... der „Volksfürsorge“ ist 1921 von 24 Millionen Mark ...

... 20 Millionen Mark gewachsen. Es betrug am 30. April d. J. ... 20 Millionen Mark gewachsen. Es betrug am 30. April d. J. ... 20 Millionen Mark gewachsen. Es betrug am 30. April d. J. ...

... 1921 19 998 798 Mt., während im Vorjahre 26 639 705 Mt. vereinnahmt

werden konnten. Der Reindüberschuß beträgt 2 888 795 Mt. (1920: 1 606 074 Mt.) und ermöglicht auch in diesem Jahre eine Rückvergütung von 5 Prozent. Eine schriftliche Anfrage: „Was ist von der „Volksfürsorge“ für die Aufnahme der Feuerversicherung bis jetzt getan worden?“, beantwortete Bauer dahin, daß die „Volksfürsorge“ selbst in dieser Angelegenheit nichts unternehmen kann; es ist vielmehr Sache der Zentralen der Gewerkschaften und Genossenschaften (die Träger der „Volksfürsorge“), sich über die weitere Ausgestaltung und Ausdehnung der Gesellschaft zu verständigen. Verhandlungen haben übrigens schon stattgefunden, doch ist es zu einer endgültigen Entscheidung noch nicht gekommen. — Der Antrag von Vorstand und Ausschussrat, den Ueberschuß von 2 888 795,25 Mt. gemäß den Bestimmungen des § 36 des Gesellschaftsvertrages zu verteilen, wurde angenommen. Der Ueberschuß wird wie folgt verteilt: 1. Dem gesetzlichen Reservefonds fünf vom Hundert 144 439,76 Mt., 2. dem Organisationsfonds 100 000.— Mt., 3. dem Kriegsreservefonds fünf vom Hundert 144 439,76 Mt., 4. dem Fonds für besondere Reserven 144 439,76 Mt., 5. den Aktionären an Zinsen für das voll eingezahlte Aktienkapital 150 000.— Mt., 6. der Gewinnreserve der Versicherungen fünf vom Hundert der 42 844 277,28 Mt. betragenden Jahresprämien der mit Gewinnbeteiligung Versicherten einschließlich 11 915,51 Mt. verrechnet, aber nicht gutgeschriebener Gewinnanteile 2 130 298,35 Mt. Der Rest von 75 177,63 Mt. ist auf neue Rechnung vorzutragen. Die sachungsgemäß auscheidenden Ausschussratsmitglieder Paul Hoffmann, Hermann Kube, Andreas Wirus und Alexander Schlichte wurden wiedergewählt. An Stelle des auscheidenden Erstherrmannes Eißler wurde Georg Schmidt-Berlin gewählt.

Betriebsräte

Sind Entschädigungen, die auf Grund des § 87 des BRG. gestellt werden, steuerpflichtig? Mit dieser Frage hatte sich das Amtsgericht Freiburg zu beschäftigen. Das Reichsfinanzministerium hat in einem Bescheide vom 29. Dezember 1920 sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Entschädigung, die auf Grund des § 87 des BRG. dem Arbeiter vom Schlichtungsausschuß zugesprochen wird, weil in seiner Entlassung eine unbillige Härte liegt, steuerpflichtig ist und auch dem Steuerabzug unterliegt. Flato stellt sich in seinem neuen Kommentar zum BRG. auf den gleichen Standpunkt. Er verweist dabei auf die neuere Fassung des Reichseinkommensteuergesetzes, die eine Erweiterung des Begriffes „Arbeitslohn“ gebracht habe. In der „Neuen Zeitschrift für Arbeitsrecht“ hat Kuhn, worauf Flato verweist, in gleichem Sinne Stellung genommen. Dagegen hat Rechtsanwalt Dr. v. Karger in sehr beachtlichen Rechtsausführungen in der Arbeitgeberzeitung die Frage, ob solche Entschädigungen dem Steuerabzug unterliegen, verneint. v. Karger erblickt in dieser Entschädigung kein Arbeitslohn im Sinne des Reichseinkommensteuergesetzes. Es handle sich vielmehr um eine billige Entschädigung, die auf der Verletzung eines sozialen Rechtes durch den Arbeitgeber beruhe und keine Gegenleistung des Arbeitnehmers voraussetze. In Freiburg wurde die Frage akut, weil die Stadtgemeinde bei drei Arbeitern, die auf Grund des § 87 BRG. vom Schlichtungsausschuß Beträge von 4000 und 5000 Mt. zugesprochen erhielten, den Steuerabzug vornahm. Ein Kollege, dem die Organisation Rechtsschutz gewährte, beschritt den Klageweg. Das Amtsgericht Freiburg hat unter dem Vorsitz des Oberamtsrichters Vater durch Urteil vom 29. Mai der Klage stattgegeben und die Stadtgemeinde zur Zahlung des in Abzug gebrachten Betrages verurteilt. In der kurzen Urteilsbegründung heißt es:

„Materiell rechtlich ist zu sagen, daß die von der Beklagten zu entrichtende Schadenersatzsumme keine irgendwie geartete Lohnnachzahlung oder ein Ersatz für eine solche ist, sondern vielmehr eine billige Entschädigung dafür, daß der Kläger infolge der Kündigung gewisser unmaterieller Vorteile und Annehmlichkeiten verlustig ging. Daher können auf diese Schadenersatzzahlung unmöglich die Vorschriften über den Steuerabzug vom Arbeitslohn Anwendung finden. Die Summe von 4000 Mt. ist vielmehr überhaupt nicht steuerpflichtig.“

Das Urteil ist rechtskräftig geworden, da die Stadtgemeinde auf das Rechtsmittel der Berufung verzichtet hat.

Wo absolute Freiheit besteht — Freiheit des geschriebenen und gesprochenen Wortes und der Wahl — da ist die friedliche Weiterentwicklung nicht bloß möglich, sondern gewiß. Minoritäten sind nur gefährlich, wenn sie unterdrückt sind und wenn sie keine Gelegenheit haben, sich als Minoritäten zu erkennen. Kein Mensch setzt sein Leben aufs Spiel, um mit Gewalt zu erlangen, was er mit Güte erlangen kann, und kein Mensch wird den Weg der Gewalt betreten, wenn er weiß, daß eine überlegene Gewalt ihm gegenübersteht und die Gewalttat nur zu seinem eigenen Nachteil ausfallen kann. Das allgemeine freie Wahlrecht gibt den Parteien die Mäßigkeit, sich zu zählen und ihren Willen gültig zur Geltung zu bringen, und darin liegt seine antirevolutionäre Bedeutung — das Wort revolutionär im factis-anwaltlichen Sinne genommen. Wilhelm Liebknecht.

Gemeinde...

...rechtl. Zust...

...den 15. August...

...Arbeitgeber...

...neue Verh...

...24 Jahre...

...D...

...1.-15. 16.-...

...5.-20,05 20,25-...

...0.-29,30 29,50-...

...0.-27,30 27,50-...

...0.-28,30 28,50-...

...0.-26,10 27,30-...

...0.-25,10 26,50-...

...0.-24,10 25,50-...

...0.-25,10 26,50-...

...0.-24,10 25,50-...

...0.-23,10 24,50-...

...5.-15,85 16,75-...

...5.-14,85 15,75-...

...5.-13,85 14,75-...

...1 Jahren in S...

...16.-31. 31.60...

...pro Stunde in...

...die übrigen St...

...höchstlohn wird...

...in Lohngruppen...

...Ortsklasse Nam...

...nde.

...us Eliaß-Lahr...

...wurden. Bes...

...de, die Reichs...

...ausländischen...

...wiedergeb...

...n zu Ende ge...

...europäischen...

...Unsicherheit...

...note der fran...

...auf 450, höher...

...5. August 1922...

...der Londoner...

...stände für den...

...für Deutschl...

...rung des Wah...

...und Robb...

...weitungsausw...

...t und speziel...

...s und Erläut...

...ct, Frankreich...

...emischen Indu...

...demgegenüber...

...tierten Wärd...

...entwerfen, da...

...unvollständig...

...Diese Lebens...

...schicklich, weil...

...reny befehlen...

...den e...

...Vorjahr...

◆ **Reichs- und Staatsarbeiter** ◆

Die Notlage der sächsischen Staatsgärtner. Unter dieser Ueberschrift erschien kürzlich in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ sowie in der „Leipziger Volkszeitung“ eine von unseren in der Heilanstalt Döben beschäftigten Mitglieder (Gärtner und Gartenarbeiter) verfaßte Darstellung ihrer wirtschaftlichen Lage, wie sie sich durch den Beschluß des Gesamtministeriums gestaltet. Diese Darstellung entspricht leider den Tatsachen. Wenn wir zu dieser Angelegenheit Stellung nehmen, dann deshalb, weil die Schlussfolgerungen der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ den Eindruck erwecken müssen, als hätten die Gewerkschaften widerspruchslos diese Maßnahme der sächsischen Regierung hingenommen. Die Redaktion der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ schreibt:

„Wir sind immerhin neugierig, ob sie (die Gewerkschaften) sich gegenüber solcher Willkür wenigstens zu einem Protest aufraffen oder ob sie durch Schweigen zu verstehen geben, daß sie in der Handlung der sächsischen Regierung die praktische Durchführung ihres eigenen Programms sehen, nur etwas brutal, etwas unachtsam, etwas zu sehr Sinnes-Handlanger.“

Wie liegen denn die Dinge. Als die sächsische Staatsregierung am uns die Forderung richtete, bei Abschluß des neuen Manteltarifvertrages für die sächsischen Staatsarbeiter Ausnahmegestimmungen für die Gartenarbeiter aufzunehmen, die dahin gingen, Arbeitszeit, Urlaub und Lohnzahlung anders zu gestalten wie bei den übrigen Staatsarbeitern, lehnten die Organisationsvertreter dieses Ansinnes rundweg ab. Von den Mitgliedern der Tarifkommission der Staatsarbeiter wurden die Vertreter der Staatsregierung auf das geradezu Gefährliche ihres Verlangens hingewiesen. Die Regierungsvertreter ließen sich trotz all unserer Vorstellungen und Einwände von ihrem Standpunkte nicht abbringen. Mit dieser Last befachte sich im Oktober 1921 eine Landeskonferenz der sächsischen Staatsarbeiter. Sie beschloß, die Unterzeichnung des Manteltarifvertrages solange abzulehnen, bis die Regierung ihren Standpunkt hinsichtlich der staatlichen Gartenarbeiter geändert habe. Gleichzeitig beschloß die Landeskonferenz die sächsische Staatsarbeiterchaft, vornehmlich die Betriebsräte und Vertrauensleute, aufzufordern, keinerlei Abkommen mit ihren Betriebsverwaltungen zu treffen bzw. keinerlei Zugeständnisse in irgendeiner Form an die Betriebsverwaltungen zu machen. Die Landeskonferenz beschloß weiter, die Organisation zu beauftragen, mit den Landtagsfraktionen der drei sozialistischen Parteien Verhandlungen herbeizuführen, um durch den Druck der sozialistisch-kommunistischen Mehrheit des Landtages die Regierung zur Aufgabe ihres Standpunktes zu veranlassen. Das geschah durch ein Schreiben, welches am 25. Oktober 1921 den drei Landtagsfraktionen zugeht und in dem gebeten wurde, mit einer Kommission von Organisationsvertretern in eine Besprechung der Sachlage einzutreten. Am 23. November teilten wir den Landtagsfraktionen mit, daß die Landesarbeitskommission der Staatsarbeiter am 26. November in Dresden Stellung nehmen wolle zur Weiterbehandlung der Angelegenheit. Wir eruchten in diesem Schreiben die Fraktionen, je eine Vertretung zu dieser Sitzung zu entsenden. In dieser gaben die Vertreter der drei Fraktionen dem Sinne nach übereinstimmende Erklärungen ab, in denen sie versprachen, ihren Einfluß geltend zu machen, um die Regierung zur Aufgabe ihres Standpunktes zu bewegen. Und nun wollen wir zur besseren Illustration, ob die Gewerkschaft alles getan hat, um das Unheil von den Staatsgärtnerarbeitern abzuwenden, einmal zeigen, wie sich die Staatsarbeiterchaft im großen ganzen zu den Beschlüssen der Landeskonferenz gestellt hat, und zum anderen, welches Resultat aus unseren Verhandlungen mit den drei sozialistischen Fraktionen herauskam. Trotz des eindeutigen Beschlusses der Landesversammlung, trotz der wiederholten Anordnungen der Parteileitungen wurden von den Betriebsräten der einzelnen Staatsbetriebe mit ihren Betriebsleitungen Abmachungen getroffen, die geeignet waren, all das über den Haufen zu werfen, was die Organisation als Ziel der ganzen Bewegung verfolgte. Daß dadurch die Arbeiten, die wir im Interesse der Gärtner zu verrichten hatten, nicht gefördert, sondern auf's allerstärkste behindert wurden, muß jedem, der nur einigermaßen gewerkschaftliche Erfahrungen besitzt, klar sein. Daß uns aber die drei Fraktionen einige Zeit nach jener Sitzung der Landesarbeitskommission vom 26. November mitteilten:

„Die Fraktionen lehnen es grundsätzlich ab, sich in Grenzstreitigkeiten der Gewerkschaften einzumischen. Die Regelung solcher Grenzstreitigkeiten muß den Gewerkschaften selbst überlassen bleiben.“

war für all diejenigen, die die ganzen Verhandlungen mit der Regierung und den sozialistischen Fraktionen mitgemacht haben, einfach unverständlich. Warum und aus welchem Grunde die Herausnahme der sächsischen Gartenarbeiter aus dem Manteltarif der sächsischen Staatsarbeiter, die ja, wie wir jetzt sehen, eine bedeutende Verschlechterung dieser Arbeitergruppe in sich barg, plötzlich zu einer Grenzstreitigkeit zwischen uns und dem Gärtnerverband wurde, entzieht sich bis heute noch unserer Kenntnis. Die unmittelbaren Folgen dieses Beschlusses der drei sozialistischen Landtagsfraktionen war, daß sich die Landesarbeitskommission der sächsischen Staatsarbeiter nunmehr entschloß, den Manteltarifvertrag, trotz seiner Ausnahmegestimmungen, zu unterschreiben. Wir haben auch nach dieser Zeit dauernd bis

in die letzten Tage hinein versucht, vom Gesamtministerium die Hebung seines einmal gefaßten und wiederholt bestätigten Beschlusses zu erreichen. Das ist uns leider nicht gelungen. Wenn die eingezogenen Veröffentlichungen unserer Döbener Kollegen sowie vorstehenden Zeilen dazu beitragen, die drei sozialistischen Fraktionen des sächsischen Landtages davon zu überzeugen, daß hier alles am vorliegt als Grenzstreit zwischen zwei Organisationen und daß das Gesamtministerium bewegt wird, seinen Beschluß zurückzuziehen, werden die Veröffentlichungen ihren Zweck erfüllt haben. Wie dringend notwendig das ist, ergibt sich ja allein schon aus der Gegenstellung der reinen Lohnziffern der Gärtner bzw. der Bero...

◆ **Landstraßenwärter** ◆

Gau Brandenburg. In der Verhandlung am 8. August im Landeshause in Berlin über die Reusefestlegung der Löhne Chausseearbeiter wurden folgende Sätze beschlossen: 1. Juli 1922 beträgt der Tagelohn in Ortsklasse I 140 Mk., in Ortsklasse II 138,40 Mk., Ortsklasse III 127,60 Mk., Ortsklasse IV 136,40 Mk. 1. August 1922 beträgt der Tagelohn in Ortsklasse I 155,40 Mk., in Ortsklasse II 153,40 Mk., Ortsklasse III 152,60 Mk., Ortsklasse IV 151 Mk. Die Kinderbeihilfe wird vom 1. Juli 1922 auf 3,20 Mk. auf 8,10 Mk. täglich erhöht. Bei dem Hausknechtgeld verbleibt es bei dem bisherigen Satze von monatlich 100 Mk.

Kreis Stolp. Der Zentralverband der Landarbeiter, ein so genannter christlich-nationaler Vereinigung, hatte zum 13. Juli die Landstraßenwärter des Kreises Stolp zu einer Versammlung eingeladen mit der Tagesordnung „Reichs- und Staatsbeamtenbesoldung“. Zu Beginn der Versammlung wurde von mehreren Wärtern der Antrag gestellt, einem Vertreter unseres Verbandes dem 24. Kreise in Pommern angeschlossen sind, das Wort zu ergreifen, damit die Wärtler endlich einmal klaren Wein über die Entlohnung in anderen Kreisen eingeschenkt bekämen. Dies wurde jedoch aus allen Mitteln verhindert, muß doch der Landstraßenwärter in Unwissenheit belassen werden, damit er weiter hungert nach paar Groschen Lohn. Eine Selbstverständlichkeit war es nun, daß der Ausschreibersekretär Neumann die schaurigsten Märchen unsern Verband austramte. Unter anderem stellte er die Behauptung auf, die freigewerkschaftliche Bewegung sei dem Unterbewußtsein, was schon daraus ersichtlich ist, daß in Berlin Arbeiter dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverband im Rücken gekehrt hätten, und um den Mitgliedererhalt zu machen, sich die Agitatoren der freigewerkschaftlichen Richtung auf Land begeben. Gerade die Landstraßenwärter seien außersehen, die Klassen in Berlin wieder aufzufüllen. Die nicht Entlohnung der Wärtler des Kreises Stolp übergibt man mit Vorzureden gegen den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Die großen Erfolge, welche unser Verband für die Landstraßenwärter unter den größten Schwierigkeiten errungen hat, was Neumann bekannt ist, wurden gar nicht in Erwähnung gezogen. Die ganze Dünmacht und Haltlosigkeit des nationalen Landarbeiterverbandes kommt in einem Schreiben, datiert vom 23. März, an Ortsverwaltung Neustadt zum Ausdruck. Wörtlich wird da geführt:

„Sollten die Landstraßenwärter versuchen, immer höhere Löhne zu fordern, werden die Kreise, welche am Ende der finanziellen Kraft angelangt sind, die auf den Landstraßenwärtler fallen den Arbeiten privater Arbeitgeber übertragen, so daß auf diese Weise weniger Kosten entstehen und die Eisenbahnverwaltung es den Kreisen vormacht.“

Wird derartige unwahren und irrigen Mittelstücken sucht nationale Landarbeiterverband seine Mitglieder bei der Forderung und die niedrige Entlohnung zu rechtfertigen. Während Landstraßenwärter des Kreises Stolp noch heute mit 50 Mk. pro Monat entlohnt werden, erhalten die Wärtler von 24 Kreisen, welche in unserem Verband vereinigen, einen Tagelohn von 120 bis 132 Mk. Außerdem sind Wirtschaftsbetrieben bis zu 2000 Mk. gewährt worden. Dazu tritt ein Kindergeld von 160 Mk. pro Monat für jedes Kind unter 14 Jahren. Diese Gegenüberstellung möge den Landstraßenwärtlern zeigen, welchen Weg sie zu wählen haben: entweder die soziale Verarmung und Belendigung oder aber Anschließung an die Organisation, welche mit allen Mitteln bestrebt ist, die Entlohnung der ungeheuren Preissteigerung aller Berufsgegenstände anzupassen. Wenn der Arbeitersekretär Neumann den Wärtlern etwas anmacht von Beamtentum und Angestelltenverhältnis, auch durch die Forderung, bei einem eventuellen Uebertritt zu einer anderen Organisation werden Entlassungen unvermeidlich sein, so sind das Bedrohungen und Schreckschiffe zu gleicher Zeit. Der Kreis denkt nicht daran, die Wärtler in ein Beamtenverhältnis zu überführen. Ob und wann oder später werden auch die Landstraßenwärter des Kreises Stolp zu der Anschauung gelangen, daß ihre Interessen nur im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter wirksam vertreten werden können. Darum ihre Landstraßenwärter, stellt euch in unsere Reihen, kämpft mit uns kämpfen um eine bessere Entlohnung und um bessere Arbeitsverhältnisse, der Weg ist dornig. Er wird aber, wenn ihr die ganze Kraft einsetzt, zum Ziele führen.

Haus unserer Bewegung

Besetzte Rheinprovinz. In der Lohnerhandlung am 10. August dem Arbeitgeberverband der Gemeinden in der besetzten Rheinprovinz wurde folgendes vereinbart: Zu den jetzigen Löhnen wird ab 1. August eine Zulage von 2 Mk. pro Stunde gewährt. Ab 15. August wird eine Erhöhung von weiteren 8 Mk. pro Stunde gezahlt. Dementsprechend gestalten sich die Löhne ab 1. August 1922 wie folgt:

| Kategorie | Ortsklasse | | | |
|---------------------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
| | A | B | H | C |
| Ab 1. August 1922 | | | | |
| I | 84,05—84,85 | 84,37—84,77 | 83,60—83,80 | 82,84—83,04 |
| II | 83,05—83,25 | 82,78—82,98 | 82,11—82,31 | 81,27—81,47 |
| III | 82,75—83,05 | 82,50—82,80 | 81,84—82,14 | 81,08—81,38 |
| IV | 82,55—82,85 | 82,31—82,61 | 81,66—81,96 | 80,87—81,17 |
| Summe | 19,80—20,10 | 19,83—19,93 | 19,10—19,40 | 18,49—18,79 |
| Ab 15. August 1922 | | | | |
| I | 42,65—42,85 | 42,37—42,77 | 41,60—41,80 | 40,84—41,04 |
| II | 41,05—41,25 | 40,78—40,98 | 40,11—40,31 | 39,27—39,47 |
| III | 40,75—41,05 | 40,50—40,80 | 39,84—40,14 | 39,03—39,33 |
| IV | 40,55—40,85 | 40,31—40,61 | 39,66—39,96 | 38,87—39,17 |
| Summe | 23,50—24,10 | 23,63—23,93 | 23,10—23,40 | 22,49—22,79 |

Das Hausstandsgeld von 8 Mk. für den Arbeitstag und das Kindergeld von 12 Mk. für den Arbeitstag und das Kind bleiben bestehen. Dieses Abkommen gilt nur für den Monat August.

Saar-Niederlausitz. Der drohende Streik der Gemeindegewerkschaft der Niederlausitz ist durch Verhandlungen der Tarifkommission abgewendet worden. Am 2. August sind nach stundenlangen Verhandlungen die Löhne für Juli und August neu vereinbart worden. Die Vertreter der Arbeiter erkannten die Abmachungen an. Die vereinbarten Stundenlohnätze sind folgende:

| Kategorie | Ortsklasse I | | Ortsklasse II | |
|------------------------|--------------|--------|---------------|--------|
| | Juli | August | Juli | August |
| Handwerker | 24,85 | 82,— | 23,60 | 81,20 |
| Angelernte Arbeiter | 23,45 | 81,10 | 22,75 | 80,40 |
| Ungelernte | 22,65 | 80,30 | 21,85 | 79,50 |
| Gelernte Arbeiterinnen | 15,95 | 21,65 | 15,70 | 21,40 |
| Ungelernte | 15,70 | 21,40 | 15,45 | 21,15 |
| Ungelernte | 15,45 | 21,15 | 15,20 | 20,90 |

Saar-Brandenburg. Die in den letzten Wochen von der Gewerkschaft geführten örtlichen Verhandlungen zeitigten u. a. die nachfolgenden Löhne für die Filialen: **Nowawes** — Continental-Gesellschaft: 1. Feuerleute, Kesselmänner, Handwerker 22,— Mk. ab 1. Juli, 38,50 Mk. ab 1. August, 2. Feuerleute 20,5 Mk. resp. 38,25 Mk., Hofarbeiter 29,50 Mk. resp. 36,— Mk., ab 1. August 22,— Mk. — **Nowawes** — Gemeindegewerkschaft: Handwerker ab 1. Juli 28,10 Mk., ab 1. August 29,90 Mk., ab 15. August 35,90 Mk., angelernte Arbeiter 27,30 Mk. resp. 32,10 Mk. resp. 35,10 Mk., ungelernete Arbeiter 26,90 Mk. resp. 31,70 Mk. resp. 34,70 Mk. Kinderzulage pro Stunde 80 Pf. — **Ludenwalde**. — Continental-Gasgesellschaft: Handwerker ab 1. Juli 26,— Mk., ab 1. August 35,00 Mk., angelernte Arbeiter 25,15 Mk. resp. 32,65 Mk., ungelernete Arbeiter 24,5 Mk. resp. 31,95 Mk. — **Ludenwalde** — Gemeindegewerkschaft: Handwerker ab 1. Juli 25,— Mk., ab 1. August 30,— Mk., angelernte Arbeiter 24,— Mk. resp. 32,— Mk., ungelernete Arbeiter 23,80 Mk. resp. 31,80 Mk. Kinderzulage pro Stunde 20 Pf. — **Bernau** — Gemeindegewerkschaft: Handwerker ab 1. Juli 30,— Mk., ab 1. August 33,50 Mk., angelernte Arbeiter 25,10 Mk. resp. 32,10 Mk., ungelernete Arbeiter 24,90 Mk. resp. 31,90 Mk. Frauenzulage 50 Pf. pro Stunde. — **Königs wusterhausen** — Gemeindegewerkschaft: Handwerker ab 1. Juli 25,50 Mk., ab 2. Juli 33,79 Mk., angelernte Arbeiter 24,50 Mk. resp. 32,50 Mk., ungelernete Arbeiter 23,50 Mk. resp. 31,50 Mk. Frauenzulage 1 Mk. Kinderzulage 1,50 Mk. pro Stunde. — **Rathenow** — Gemeindegewerkschaft: Zimmerleute und 1. Schmied ab 1. Juli 30,— Mk., ab 1. August 39,— Mk., Installeure 27,90 Mk. resp. 36,90 Mk., 1. Feuerleute 27,65 Mk. resp. 36,65 Mk., 2. Feuerleute und Kesselmänner 27,45 Mk. resp. 36,45 Mk., Kutscher und Fuhrknechte 26,10 Mk. resp. 35,10 Mk., ungelernete Arbeiter 25,25 Mk. resp. 34,25 Mk., Hofarbeiter 24,25 Mk. resp. 31,25 Mk. Kinderzulage 29 Pf. pro Stunde. — **Sachsenhausen** — Gasanstalt **Sachsenhausen**: West: Feuerleute ab 1. Juli 31,70 Mk., ab 1. August 34,40 Mk., Handwerker 28,50 Mk. resp. 30,90 Mk., angelernte Arbeiter 27,05 Mk. resp. 29,25 Mk., ungelernete Arbeiter 26,65 Mk. resp. 28,65 Mk. Frauenzulage 1 Mk., Kinderzulage 20 Pf. pro Stunde. — In allen diesen Filialen bestehen gute Verhältnisse, welche weit über den Reichsmantelvertrag hinausgehen. In Sachsenhausen, Nowawes sowie Ludenwalde außerdem noch Abzugsabstimmungen. In Rathenow wird über diese noch verhandelt. — **Brandenburg a. H.**: Die Lohnerhandlungen am 18. August brachten für die städtischen Arbeiter folgendes Er-

gebnis ab 15. August: Ofenfeuerleute 38,45 Mk., Handwerker im Gaswerk 33,25 Mk., übrige Handwerker 33,05 Mk., angelernte Arbeiter 36,40 Mk., ungelernete Arbeiter 36,20 Mk. Frauenzulage 1,50 Mk., Kinderzulage 70 Pf. pro Stunde.

Udernach. Am 2. August fanden die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband für den Kreis Udernach Stadt und Land statt. Nach längerer Verhandlung einigten sich die Arbeitnehmerorganisationen mit dem Arbeitgeberverband dahingehend, daß ab 1. August bis 15. August einschließlich eine Lohnerhöhung von 8 Mk. pro Stunde und ab 15. August weitere 2 Mk., also zusammen 10 Mk. pro Stunde gezahlt werden. Die Löhne betragen nunmehr ab 15. August für die Handwerker 40 Mk., für die angelernten Arbeiter 38,50 Mk., für die ungelerneten Arbeiter 37,50 Mk. Hierzu wird pro Stunde eine Verheiratenzulage von 65 Pf. gezahlt. Diese Löhne gelten für die städtischen Arbeiter in Udernach und für die Arbeiter der Gaswerke in Udernach, Magden, Remagen und Brohl als auch für die Elektrizitätswerte der AG. Kaufmühle.

Breslau. Die Not der Friedhofsarbeiter auf den Parochialfriedhöfen wird von Tag zu Tag größer. Hinrädig weigern sich die Friedhofsverwaltungen, der Teuerung entsprechende Lohnerhöhungen zu gewähren. Die Löhne der Gärtnere Arbeiter stehen weit unter den Stundenlöhnen, die heute eine Arbeiterin in anderen Betrieben erhält. Die bescheidene Forderung, den Lohn ab August um 50 Proz. zu erhöhen, ist mit einem Angebot der Friedhofsgemeinden von 25 Proz. beantwortet worden. Einstimmig lehnte die Arbeiterchaft das Angebot ab, weil die Hungerlöhne dadurch um nichts aufgebeßert würden. Die Stundenlöhne auf den Friedhöfen sind für verheiratete Gärtnere 11,50 Mk., für Totengräber und Friedhofsaufseher 11,25 Mk., für unverheiratete Gärtnere 9,25 Mk., für unverheiratete Friedhofsaufseher und Totengräber 9 Mk., für Friedhofsarbeiter 7,75 bis 8 Mk., Jugendliche und Frauen 6,50 Mk. Bei diesen Löhnen müssen die Leute buchstäblich verhungern. Das sollten die Herren Kirchenvorstände doch einsehen. Ihre Gehälter sind doch der großen Teuerung entsprechend aufgebeßert worden. Die 25proz. Lohnerhöhung auf die so überaus niedrigen Stundenlöhne ist geradezu hohnsprechend. Wenn angeblich diese 25 Proz. das äußerste des möglichen Entgegenkommens darstellen sollen, weil die Friedhofseinnahmen nicht ausreichen, dann hätten schon längst Mittel und Wege gefunden werden müssen, um diese erbärmliche Lohnzahlung einmal in gesunderer Bahnen zu lenken. Die Friedhöfe bei den Parochialgemeinden sind doch nur einmal Teile der einzelnen Kirchengemeinden, die ihre Barmittel angreifen sollten, um auch die Arbeiter so zu bezahlen, damit sie erhitzen können. Aber keiner von den Kirchenvorständen denkt auch nur im entferntesten daran, ein größeres soziales Empfinden für den Arbeiter zu beweisen. Die Verteuerung aller Bedarfsartikel befindet sich in letzter Zeit in so schneller Aufwärtsbewegung, daß eine Verdoppelung der Stundenlöhne auf den Friedhöfen Platz greifen muß, wenn die Arbeiter dort gehalten werden sollen. Die Gefahr, daß es zu einer Arbeitseinstellung auf allen Friedhöfen kommen kann, beschwört ja das unsoziale Verhalten der Arbeitgeberchaft herauf. Der DurchschnittsStundenlohn des gewöhnlichsten Arbeiters in Breslau beträgt heute wenigstens 25 Mk., der der Arbeiterin 18 Mk. Selbst mit den 25 Proz. Erhöhung würde der gelernte und verheiratete Gärtnere ganze 14,40 Mk. haben. Nach dem Friedensstande unserer Mark sind das 7,2 Pf. die Stunde. Solche Hungerlöhne zahlen die Kirchen, die genügend Mittel besitzen, an ihre Arbeiter, von denen sie dann noch verlangen, daß sie der Kirche die Treue bewahren sollen. Weil die Forderung der Arbeiterchaft abgelehnt wurde, ist der Schlichtungsausschuß angerufen worden. Hier merkt man wieder einmal, daß der Arbeitgeber, mag er Großkapitalist, Karrierist oder auch Kirchenvorstand heißen, stets überall der gleiche Gegner von uns ist. Wir werden den uns ausgenötigten Kampf aufnehmen, um unserer Kollegenchaft zu ihrem Rechte zu verhelfen.

Deßau. In der Mitgliederversammlung am 15. August gab Kollege Brichel Bericht über die Lohnerhandlungen. Die Kollegen sollen 800 Mk., die Frauen 500 Mk. mehr erhalten. Der Schiedspruch lautet: ab 1. August bis 15. August in der 1. Klasse 31,40 Mk., in der 2. Klasse 30,45 Mk., in der 3. Klasse 29,65 Mk., in der 4. Klasse 17,85 Mk. Die Versammlung war sich darüber einig, daß der Schiedspruch nur dann anzunehmen wäre, wenn der Arbeitgeberverband sich bereit erklärt, vom 16. ab in neue Verhandlungen einzutreten. Den Kassenbericht für das 2. Quartal gab Kollege Windberg. Die Einnahmen der Filiale betragen 37 157,73 Mk., die Ausgaben 18 053,25 Mk.; bleibt Kassenbestand 19 104,48 Mk. Die Einnahmen für die Hauptkasse betragen 18 247,40 Mk., die Ausgaben 548 Mk. Am Ende des Quartals betrug der Mitgliederbestand 406.

Frankfurt a. M. Am 4. August d. J. wurde unsere 17. Lohnbewegung zum Abschluß gebracht. Nachdem die Verhandlungen mit dem Magistrat kein befriedigendes Ergebnis zeitigten, fällt die örtliche Schiedsstelle unter dem Vorbehalt von drei unparteiischen Vorsitzenden nachstehenden Schiedspruch, der folgende Stundenlöhne ab 16. August vorsieht. Die in O stehenden Ziffern sind die Stundenlöhne ab 1.—15. August.

1. Gelehrte Arbeiter über 24 Jahre (36,10 M.) 37,50 M., 20-24 Jahre (32,50 M.) 33,75 M., 18-20 Jahre (23,45 M.) 24,40 M. 2. Ungelernte Arbeiter über 24 Jahre (35,25 M.) 36,65 M., 20-24 Jahre (31,75 M.) 33,— M., 18-20 Jahre (22,90 M.) 23,80 M. 3. Ungelernte Arbeiter über 24 Jahre (34,70 M.) 36,10 M., 20-24 Jahre (31,25 M.) 32,50 M., 18 bis 20 Jahre (22,55 M.) 23,45 M., 16-18 Jahre (18,75 M.) 19,50 M., unter 16 Jahren (15,60 M.) 16,25 M. 4. Gelehrte Arbeiterinnen über 24 Jahre (25,25 M.) 26,25 M., 20-24 Jahre (22,75 M.) 23,65 M., 18-20 Jahre (18,95 M.) 19,70 M. 5. Ungelernte Arbeiterinnen über 24 Jahre (23,95 M.) 24,90 M., 20-24 Jahre (21,55 M.) 22,40 M., 18-20 Jahre (17,95 M.) 18,70 M., 16-18 Jahre (13,15 M.) 13,70 M. 6. Ungelernte Arbeiterinnen über 24 Jahre (23,25 M.) 24,20 M., 20-24 Jahre (20,95 M.) 21,80 M., 18-20 Jahre (17,45 M.) 18,15 M., 16-18 Jahre (12,80 M.) 13,30 M., unter 16 Jahren (10,45 M.) 10,90 M. 7. Küchen- und Hausmädchen, sofern sie nicht Haushaltungsvorstand sind, oder nicht der Ehemann nachweislich dauernd erwerbsunfähig ist über 24 Jahre (21,85 M.) 22,75 M., 20-24 Jahre (19,65 M.) 20,50 M., 18-20 Jahre (16,40 M.) 17,05 M., 16-18 Jahre (12 M.) 12,50 M., unter 16 Jahren (9,85 M.) 10,25 M. 8. Rindermädchen in den Volksgärten erhalten im 1. (Lehr-)Jahre freies Mittagessen, daneben eine Aufwandsentschädigung von monatlich ab 1. August 248 M., ab 15. August 258 M., im 2. Jahre 1674 M. bzw. 1741,50 M., im 3. Jahre 1984 M. bzw. 2064 M. 9. Lehrlinge, Stundenvergütung: im 1. Lehrjahre (3,70 M.) 3,85 M., im 2. Lehrjahre (4,60 M.) 4,75 M., im 3. Lehrjahre (6,20 M.) 6,45 M., im 4. Lehrjahre (9,60 M.) 10 M. 10. Die Familienzulage bleibt wie bisher unverändert bestehen. 11. Für die Arbeiter und Arbeiterinnen, die städtische Beförderung und Wohnung erhalten, wird von der vorstehenden Lohnerhöhung bis zu 80 Proz. in Abzug gebracht.

Fürstenwalde. Der Stundenlohn für die städtischen Arbeiter der Stadt Fürstenwalde a. d. Spree beträgt

| | 0.1.2.3.4. | 5.6.7.8. | 9.10.11.12. | 13.14.15.16. | 17.18.19.20. |
|------------------------|------------|----------|-------------|--------------|--------------|
| Gelehrte Arbeiter .. | 32,30 | 34,50 | 36,50 | 38,50 | 40,50 |
| Ungelernte .. | 31,80 | 33,30 | 35,30 | 37,30 | 39,30 |
| Winderwerbsfäh. | 30,70 | 32,20 | 34,20 | 36,20 | 38,20 |
| Quaderfischer .. | 20,— | 20,— | 20,— | 20,— | 20,— |
| Frauen | 17,— | 17,— | 17,— | 17,— | 17,— |
| Saisonarbeiterinnen | 13,50 | 13,50 | 13,50 | 13,50 | 13,50 |
| Kochfrauen | 12,50 | 12,50 | 12,50 | 12,50 | 12,50 |
| Lehrlinge im 2. Lehrj. | 100,— | 100,— | 100,— | 100,— | 100,— |

Gießen. In der Generalversammlung am 22. Juli gab Kollege Hansmann den Kassenbericht. Die Einnahme der Lokalkasse betrug 42 921,08 M., die Ausgabe 34 624,15 M., bleibt Bestand 8296,93 M. Die Einnahme der Hauptkasse betrug 34 891 M., die Ausgabe 2845,75 M. In die Hauptkasse wurden eingezahlt 32 045,25 M. Der Mitgliederbestand betrug am Schlusse des zweiten Quartals 991.

Halberstadt. In der Mitgliederversammlung am 2. August berichtete Kollege Wachtendorf über den Leipziger Gewerkschafts-Kongress. Hierauf gab Kollege Amelung den Geschäftsbericht. Am Schlusse des Quartals waren zu verzeichnen 614 Kollegen mit einem Filial-Kassenbestand von 5765,25 M. Für die Kollegen, die wegen der Einsium-Unruhen bestraft wurden, soll gesammelt werden.

Köln. (Trichinenschauer.) Als im April 1922 eine Notiz aus Köln für Trichinenschauer in der „Gewerkschaft“ erschien, glaubten viele Kollegen, daß die Trichinenschauer sich endlich zur gewerkschaftlichen Organisation bekennen. Nichts kann unsere gewissenhafte Berufsarbeit mehr beeinträchtigen, als fortgesetzte Sorgen um unsere Zukunft. Wie leicht kann durch ein kleines Versehen unsere eine große Anzahl Mitmenschen in Lebensgefahr geraten. Eine Beunruhigung tritt jetzt wieder auf, weil man nicht weiß, ob die städtischen oder die staatlichen Behörden verpflichtet sind, für die Trichinenschauer und -schauerinnen so viel Interesse zu zeigen, wie selbst der kleinste Arbeitgeber seinen Arbeitnehmern zeigt. Es muß mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln dahin gestrebt werden, daß wir als städtische oder staatliche Angestellte gelten. Diese andauernde Unsicherheit muß von uns genommen werden. Von der Stadt oder dem Staat wird uns kein Verständnis entgegengebracht, weil wir durch allzu beschleunigtes Auftreten uns in den Hintergrund drängen ließen. Für unsere Kollegen und Kolleginnen kann es nichts anderes geben, als unsere Interessen durch den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter vertreten zu lassen. Der volle Erfolg ist uns gewiß, wenn wir in Geschlossenheit diesem Verbands als Mitglieder angehören.

Magen. Nach dem letzten Lohnabkommen erhöhen sich die Löhne der Handwerker ab 1. August auf 36,95 M. pro Stunde; ab 15. August auf 37,80 M.; ungelernete Arbeiter auf 30,80 M. pro Stunde; ab 15. August auf 31,50 M. Daneben wird ein Hausstandsgeld von 2 M. pro Tag und für jedes Kind 1,50 M. pro Tag gezahlt. Mit dieser Lohnaufbesserung sind wir auch in dem bisher rückständigsten Gebiet einen tüchtigen Schritt weiter gekommen. Immerhin muß zugestanden werden, daß auch diese Löhne bei den heutigen Verhältnissen und vor allen Dingen im besetzten

Gebiet noch keineswegs zum Leben ausreichen. Aufgabe der Gewerkschaften wird es sein, durch festen Zusammenschluß in der Organisationsarbeit weiter an der Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse zu helfen.

Osnabrück. In der gutbesuchten Mitgliederversammlung am 5. August referierte Kollege Müller über „Staats- und Gemeindefragen und die politischen Parteien.“ Zur „Beitragsfrage“ legte die Ortsverwaltung vor, wenn möglich ab 15. August 1922 die Beiträge folgendermaßen festzusetzen: Anstatt 15 M. als höchste und 4 M. als niedrigste Klasse, jetzt in der höchsten Klasse 20 M. und in der niedrigsten Klasse 8 M. zu erheben. Dagegen erhob sich Widerspruch. Es wurde gefordert, daß die Verwaltung den Stundenlohn als Wochenbeitrag zum Prinzip mache. Durch den niedrigen Beitrag müßten die Arbeitgeber auf den Gehaltsanforderungen, daß die Gemeinde- und Staatsarbeiter durch ihre Beitragsleistung zum Ausdruck bringen wollen, daß es ihnen um Unterstützung bei Notfällen als um eine schlagtrügliche Organisation zu tun sei. Beschlissen wurde, daß die Verwaltung innerhalb eines Monats einen Beitrag festsetzen soll, der den jeweiligen Bedürfnissen entspricht. 50 Proz. zum ordentlichen Beitrag soll als Notzulage erhoben werden. Die Versammelten wollen sich selbst dafür einsetzen, daß nicht ein einziger des Beitrages wegen der Organisationsarbeit den Rücken kehrt.

Aus den deutschen Gewerkschaften

Der Verband Deutscher Berufsfeuerwehrmänner hielt am 2. und 3. August im Breslauer Gewerkschaftshaus seinen 9. ordentlichen Verbandstag ab. Der Verbandstag war von 51 Delegierten besucht. Ausländische Vertreter waren erschienen aus Dänemark, Österreich und der Schweiz. Vertreten waren ferner der Allgemeine Deutsche Beamtenbund, die ADA und der Berliner Gewerkschaftsverband, desgleichen auch unsere Organisation. Die reichsweite Tagesordnung wurde mit außerordentlicher Sachlichkeit und Energie erörtert. Professor Chajes hielt einen interessanten Vortrag über die Berufsgefahren der Feuerwehrleute, Reichstagsabgeordneter Wiffell ein mit großer Interesse entgegenkommendes Wort über die allgemeine wirtschaftliche Lage Deutschlands. Ueber die wirtschaftliche und feuerschutz referierte der Sekretär des Verbandes, Weilmeyer-München. Was die Feuerwehrleute zuzunehmen interessiert, ist die Gesetzgebung über das neue Beamtenrecht und die Gestaltung der Besoldungsordnung. Die Erörterung der Organisationsfragen gab zu einigen interessanten Auseinandersetzungen Anlaß, sind doch die deutschen Feuerwehrmänner in ganz Deutschland die einzige Gruppe, die sich für die Berufsorganisation einsetzt. In gesamt Deutschland haben die Feuerwehrmänner keine selbständige Organisation, sondern sind anderen Organisationen angeschlossen. In der Schweiz, in Dänemark, Holland, England gehören sie zum Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, in Österreich sind sie sogar dem Handels- und Transportarbeiterverband angeschlossen. Man begründet die Notwendigkeit der Berufsorganisation in Deutschland mit besonderen beruflichen Interessen, jedoch darf man annehmen, daß die Berufsorganisation der Feuerwehrmänner früher oder später bei einer anderen Großorganisation in Anlehnung suchen müssen. Unser Kollege Müntner gab die Gedanken in einer kurzen Begrüßungsansprache Ausdruck und damit die Zustimmung des Verbandstages. Zunächst werden die Berufsfeuerwehrmänner im Allgemeinen Deutschen Beamtenbund eine Spitzorganisation und im Verband der Kommunalbeamten eine Sektion finden. Man wird es der Zeit überlassen müssen, ob und in welchem Umfang die drei Säulen der Arbeitnehmerorganisation zusammengedrängt und verschmolzen werden. In welcher Lage eine Organisation wie die der Feuerwehrmänner kommen kann, zeigte so recht die Beratung eines Antrages, der den Versuch umschließt, die Notarbeiten festzusetzen, die im Falle der Arbeitslosigkeit verrichtet werden müssen. Man nahm von der Weiterberatung dieses Antrages, der tatsächlich glühendes Eisen darstellt, Abstand und überwies ihn einer besonderen Kommission. Jedem Teilnehmer muß gerade dieser Antrag zeigen, daß die Feuerwehrmänner ihrer eigenen Interesse eine starke Stütze anderer Organisationen brauchen. Die Entwicklung des Verbandes ist eine ruhige und stetige, er hat zurzeit 8000 Mitglieder auf, von denen ein erheblicher Teil in luftleeren Betrieben der sogenannten Berufsfeuerwehr angehört. Die Beiträge wurden erhöht auf 47 M. pro Monat, von denen 20 M. in drei Ortsgruppen bleiben. Das Vermögen des Verbandes betrug am 1. Juli rund 628 000 M. Wir wünschen der Organisation eine weitere, stetige Entwicklung.

Der diesjährige Verbandstag der Steinarbeiter stellte die Vertretung von 46 909 Mitgliedern dar. Das Verbandsvermögen betrug am 31. Dezember 1921 2 978 402 M. Nach einem Anschluß an den Bauernverband wurde der Antrag angenommen, jedoch ein Antrag angenommen, der mit dem Bauernverband nur ein Kartellverhältnis verlangt. Dem Verband der sozialen Betriebe gehört der Verband bereits an. Der Verbandstag hat aber trotzdem den Beschluß, daß auch fernerhin die sozialen Betriebe mit moralischen und finanziellen Mitteln gefördert werden. Es folgten dann Referate über „Die Lage der Steinindustrie“

Sicherheitsgefahren der Steinarbeiter" und über "Die Unfallgefahren der Steinindustrie". Zwei Resolutionen wurden einstimmig angenommen. Darin wird der Verbandsvorstand beauftragt, alle Bemühungen, die Behebung der Notlage der Steinindustrie zu fördern, so wie die mit der gründlichsten Auffassung der Arbeiterchaft nicht im Widerspruch steht. Die zweite fordert zur Bekämpfung der Unfallgefahren, für Steinmehnen und Steinhauer, Lehrlinge und Lehrlingseigenen und Sandsteinverarbeitung das Verbot jeglicher Arbeit, Anerkennung der Erkrankung der Atmungsorgane der Steinmehnen und Steinhauer, soweit diese Erkrankung eine fast unerträgliche Belastung der deutschen Wirtschaft, so ist sie nach dem Wegfall der an Polen abgetretenen ober-schlesischen Bergwerke, der einen Verlust von 20 Proz. unserer Kohlenproduktion bedeutet, vollends unmöglich geworden. Die deutsche Regierung hat deshalb um Herabsetzung des monatlichen Lieferungsolls auf 1,3 Millionen Tonnen gebeten, die Reparationskommission hat in dessen eine Herabsetzung lediglich auf 1,775 Millionen Tonnen zugestanden. Und das angesichts der Tatsache, daß Frankreich Kohlen im Ueberfluß hat, daß im Saargebiet dauernd Feuerschichten eingelegt werden müssen und Frankreich einen großen Teil der Reparationskohle gar nicht selbst benötigt, sondern mit beträchtlichen Gewinnen an das Ausland verkauft. Durch diese unbilligen Verhältnisse ist Deutschland, das in der Vorkriegszeit Kohlenausfuhrland großen Stils war, gezwungen, auf Kosten seiner Zahlungsbilanz und seiner Staatsfinanzen gewaltige Mengen ausländischer Kohlen einzuführen. So betrug z. B. die Einfuhr englischer Kohlen, die noch 1921 für das ganze Jahr mit 1,5 Millionen Tonnen berechnet wurde, allein im Monat Juli dieselbe Menge, was nach dem Stande der Markt 6,6 Papiermillarden ausmacht. Diese deutsche Kohlennot bedeutet schwere Gefahren und Krisen für die gesamte Privatindustrie, ebenso für alle öffentlichen Unternehmungen und Eisenbahnen, Gas- und Elektrizitätswerke. Ebenso ist klar, daß der starke Zwang zur Einfuhr der teuren russländischen Kohle ebenfalls recht beträchtlich zur Steigerung des inländischen Preisniveaus beiträgt.

Rundschau

Die deutsche Kohlennot. Der Reichskohlenrat hat in seiner Sitzung vom 29. Juli die weitere Erfüllung des Kohlenlieferungsprogramms für unmöglich erklärt, da sie einen großen Teil der deutschen Industrie zum Erliegen bringen würde. Nach dem Kohlenabkommen von Spa mußten bisher monatlich 1,9 Millionen Tonnen Kohle an die Entente abgeliefert werden. War das schon bisher eine fast unerträgliche Belastung der deutschen Wirtschaft, so ist sie nach dem Wegfall der an Polen abgetretenen ober-schlesischen Bergwerke, der einen Verlust von 20 Proz. unserer Kohlenproduktion bedeutet, vollends unmöglich geworden. Die deutsche Regierung hat deshalb um Herabsetzung des monatlichen Lieferungsolls auf 1,3 Millionen Tonnen gebeten, die Reparationskommission hat in dessen eine Herabsetzung lediglich auf 1,775 Millionen Tonnen zugestanden. Und das angesichts der Tatsache, daß Frankreich Kohlen im Ueberfluß hat, daß im Saargebiet dauernd Feuerschichten eingelegt werden müssen und Frankreich einen großen Teil der Reparationskohle gar nicht selbst benötigt, sondern mit beträchtlichen Gewinnen an das Ausland verkauft. Durch diese unbilligen Verhältnisse ist Deutschland, das in der Vorkriegszeit Kohlenausfuhrland großen Stils war, gezwungen, auf Kosten seiner Zahlungsbilanz und seiner Staatsfinanzen gewaltige Mengen ausländischer Kohlen einzuführen. So betrug z. B. die Einfuhr englischer Kohlen, die noch 1921 für das ganze Jahr mit 1,5 Millionen Tonnen berechnet wurde, allein im Monat Juli dieselbe Menge, was nach dem Stande der Markt 6,6 Papiermillarden ausmacht. Diese deutsche Kohlennot bedeutet schwere Gefahren und Krisen für die gesamte Privatindustrie, ebenso für alle öffentlichen Unternehmungen und Eisenbahnen, Gas- und Elektrizitätswerke. Ebenso ist klar, daß der starke Zwang zur Einfuhr der teuren russländischen Kohle ebenfalls recht beträchtlich zur Steigerung des inländischen Preisniveaus beiträgt.

Internationale Rundschau

Stand der Hilfsaktion für Rußland am 31. Mai 1922. Ueber den dem Internationalen Gewerkschaftsbund zur Verfügung stehenden Beträge zugunsten der Hungerleidenden Rußlands.

Table with columns: Land, Mitgliedszahl, Einnahmen bis 15. Mai 1922, Einnahmen bis 31. Mai 1922, Holländische Währung. Lists various countries and their financial contributions.

Die Filiale Mannheim

Sucht zum baldigen Eintritt einen Angehehen. Verlangt wird gute Kraft. Bewerber müssen mindestens eine fünfjährige Beitragsleistung in einer dem I.G.M.B. angeschlossenen Gewerkschaft nachweisen können. Die Stelle erfordert Geschicklichkeit bei Verhandlungen mit den Arbeitgeber, Kenntnis der in Betracht kommenden Gesetze, des Kaffeewesens und Gewandtheit im schriftlichen Verkehr. Ferner ist Voraussetzung rednerische und organisatorische Befähigung sowie Eignung zur Ausbildung der Funktionäre und Betriebsräte. Gehalt nach den Beschlüssen des Magdeburger Verbandstages.

Bewerbungsschreiben mit der Aufschrift "Bewerbung" sind bis zum 31. August an das Ortsbüro Mannheim, "Sollshaus", P. 4 4/5, zu richten. Aus der Bewerbung muß ersichtlich sein: Alter, Gesundheitszustand, Familienverhältnisse sowie jetzige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung. Auswärtige Bewerber werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Beschaffung von Wohnung äußerst schwierig ist.

Drei Minuten Gehör will ich von euch, die ihr arbeitet —! Von E. Tiger.

Ich, die ihr den Hammer schwingt,
Ich, die ihr auf Rücken knallt,
Ich, die ihr die Feder führt,
Ich, die ihr die Kessel schürt,
Ich, die mit den treuen Händen
Dem Rande ihre Liebe streuen —
Ich, den Jungen und den Alten —
Ich soll drei Minuten innehalten.
Ich, die ja nicht unter Kriegsgewinnern,
Die wachen und einmal erinnern.
Die drei Minuten gehöre dem Mann.
Ich, der vor vier Jahren in Feldgrau an?
Ich, der Kauf die Kinder. — In Hause weint Mutter.
Ich, der weinend Kissenunter —
Ich, der sag in den schwingen Utergraben.
Ich, der ihr keinen schicklichen:
Ich, der soll ich einen in der Klasse
Ich, der ging mit den Tamen in die Klasse.
Ich, der macht geschlichen. Ihr werdet gedrückt.
Ich, der soll nach Gottes Ebenbild?
Ich, der Refere — im Schilderhand —
Ich, der ihr niedriger als die schmutzigste Leut.
Ich, der Offizier war eine Perle.
Ich, der ihr wart nur "Recht"!
Ich, der erbe Schick- und Größ-Kutomat.
Ich, der Schmeiß! Hände an die Kosenacht —
Ich, der wachte machten sich kränken und stiegen:
Ich, der ein Prinz, dann hatten sie Kramm zu fliegen.

Und noch im Messengrub wart ihr die Schweine:
Die Offiziere lagen allein!
Ihr wart des Todes billige Ware. . .
Es ging das vier lange stultige Jahre.
Erinnert ihr euch —?
Die zweite Minute gehöre der Frau.
Wem wurden zu Hause die Haare grau?
Wer schreie, wenn der Tag vorbei,
Wer den Köchen auf mit einem Schrei?
Wer ist es vier Jahre hindurch gewesen,
Der ankand in langen Polonäsen,
Indessen Bringen und ihre Gatten
Alles, alles, alles hatten —!
Wem schrieben sie einen kurzen Brief,
Daß wieder einer in Fländern schließ?
Dazu ein Formular mit zwei Seiten. . .
Wer mußte hier um die Renten betteln?
Tränen und Krämpfe und wildes Schreien.
Er hatte keine. Ihr wart allein.
Wer sie schickten ihn, Plakum am Kuppel,
Euch in die Home gurd als Krappel,
So sah sie euch, die wunderbare
Große Zeit — vier lange Jahre —
Erinnert ihr euch —?
Die dritte Minute gehöre den Jungen!
Euch haben sie nicht in die Jaden gezwungen!
Ihr wart noch frei! Ihr seid heute frei!

Sorgt dafür, daß es immer so sei!
Ich, der hängt die Hoffnung. Ich, der hat von
Millionen deutschen Männern und Frauen.
Ihr sollt nicht kramen. Ihr sollt nicht
Ihr sollt frei sein! Reigt es ihnen!
Ich, der wenn sie euch kommen, und drohen mit
Gehört nicht! Sie sollen euch erst mal holen!
Keine Wehrpflicht! Keine Soldaten!
Keine Monats-Portionen!
Keine Orden! Keine Spallerei!
Keine Refereoffiziere!
Ihr seid die Zukunft! Euer das Land!
Schüttelt es ab — das Kuchschiffband —!
Und zum Schluß von den drei Minuten:
Denkt aller daran, die damals waren,
Bluten mußten und elend sterben
Und elend in fremdem Lande werden.
Ein Gruß allen toten Kameraden!
Ein Gruß den Opfern der Kriegsverdammt!
Ein Gruß an die da dranhin in Fländern,
In Polen, in Frankreich, und alle die anderen!
Denkmäler — Tafeln — das ist nicht!
Wir geloben an Tage des Gerichts:
Die Kameraden aus allen Herren —
Die Toten wollen wir anders ehren!
Wir alle wollen — heute und morgen —
Für Frieden — für ewigen Frieden sorgen!
Das sei unser Kampf. Das sei unser Sieg.
Ich rufe für euch: Nie wieder Krieg!

Verbandsteil

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Notizkalender 1923.

Obwohl der Termin für Bestellungen auf den Notizkalender 1923 auf spätestens 15. September festgelegt ist, laufen die Bestellungen sehr spärlich ein. Wir müssen ausdrücklich darauf hinweisen, daß nach dem 15. September einlaufende Aufträge nicht berücksichtigt werden können.

Insbesondere machen wir darauf aufmerksam, daß wir im Hinblick auf die enormen Unkosten bei einer zu kleinen Auflage schließlich von der Herstellung des Notizkalenders in diesem Jahr Abstand nehmen müssen. Der Verbandsvorstand.

Eingegangene Schriften und Bücher

(Eine Besprechung der eingegangenen Bücher und Schriften behält sich die Redaktion vor.)

Schriften zur Aufklärung und Weiterbildung der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Heft 3. „Naturentwicklung und Weltanschauung.“ Von Johannes Gut, Berlin. Verlag: Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Berlin SO. 16, Wusterhausener Straße 15. Preis 7,50 M. Für die Mitglieder unseres Verbandes 6 M. Unsere Mitglieder können die Bestellungen bei den Filialstellen anbringen. Bei direkter Bestellung nur gegen Voreinsendung des Betrages nebst 1,50 M. Portozuschlag. — Undenkbar wäre die Welt ohne Sonne, undenkbar der nächtliche Himmel ohne Sterne und immer wieder schweifen unsere Gedanken beim Anblick dieser leuchtenden Gestirne in die Tiefen des unermeßlichen Weltalls. Taghinein führt uns Johannes Gut mit seiner Schrift über die Entwicklung der Welten, über Kraft und Stoff, die die Grundlagen des Weltaufbaues sind. Ein besonderes Kapitel behandelt eingehend die Naturgeschichte unserer Erde, beginnend mit der feurigen Weltkugel bis zu ihrer heutigen Gestalt. In leicht zu folgender Weise führt uns der Weg vom Urnebel bis zur lebensgehenden und lebenserhaltenden Erdrinde. Die Erkenntnis des Weltwunders läßt uns zu einer Weltanschauung emporschwingen, die uns und die gesamte Menschheit vom jetzigen quälvollen Erdenjahren befreien kann und befreien wird.

Biologie — die Wissenschaft vom Leben. Von Johannes Gut, Berlin. (Schriften zur Aufklärung und Weiterbildung der Gemeinde- und Staatsarbeiter.) Heft 4. — Nur ein Teil dessen, was wir Leben nennen, ist bisher erforscht und bekannt geworden. Die große Mehrheit Natur gewährt uns durch das vorliegende Büchlein einen Einblick in die Geheimnisse ihrer Werkstatt. Von der winzigsten Urzelle bis zur hochentwickelten Pflanze oder Tier, vom einselligen Lebewesen bis zur Millionenzellensorganisation, schildert Joh. Gut in volkstümlicher Weise den Zusammenhang in der Entwicklung allen Lebens. So außerordentlich verschiedenartig die uns umgebenden Wesen auch sein mögen, alle lassen sich an Hand dieser Schrift auf ihre Ursprungung aus dem Schlimpden des Protoplasmata, jener Urzelle zurückführen, der auch der Mensch entspringt. Es bietet sich also eine gute Gelegenheit, unser Wissen vom Leben und Werden zu vertiefen und zu vergrößern, die jeder denkende Mensch gern ergreifen wird.

Gerhart Hauptmann und das deutsche Volk. Von Konrad Haenisch. Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung a. D. 1922. Verlag: J. G. B. Dietz, Stuttgart und Vornwärts, Berlin SW. 68. Preis 110 M., in Ganzleinen gebunden 150 M. — Aus Anlaß des 60. Geburtstages des Dichters hat Konrad Haenisch dieses Buch erscheinen lassen. Konrad Haenisch steht Gerhart Hauptmann in lebendigster Verbindung mit dem eine große Weltwende heraufführenden deutschen Volk, er erschaut wirklich den mitten im Werdenprozess einer neuen Kulturperiode stehenden schöpferischen Dichter Hauptmann. Konrad Haenisch schreibt kein Ergänzungsbuch zu der bisherigen, dem glühvollen Wirtschafts- und Sozialleben fernstehenden Literaturgeschichte. So begeistert auch das Herz Haenischs für die neue Zeit schlägt, niemals verleiht es ihm, den Abweg einer tendenziösen Geschichtsklittere zu beschreiten. Hauptmann erscheint ferner als der „klassische Dichter des nur halb Verwunden“, der Dichter, der wie nur wenige den leisesten Schwüngen des Unterbewußtseins, den dünn anklingenden Reben- und Untertönen des Seelenlebens nachgehen und sie wunderbar zum Ausdruck bringen kann.

Zweite Konferenz zur Besprechung von Fragen der gewerkschaftlichen Jugendarbeit veranstaltet am 17. und 18. Juni 1922 in Leipzig. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin SO. 16. Preis 14 M. Für Gewerkschaftsmitglieder bei Bezug durch ihren Verband Vorzugspreis.

Wohin führen die freien Gewerkschaften? Die wichtigsten Beschlüsse des Offenen Kongresses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes unter besonderer Berücksichtigung des Birken der kommunikativen Fraktion. Herausgegeben von der Zentrale der A.D.G. (Gewerkschafts-Abteilung) Berlin. Verlag: Vereinigung internationaler Verlagsanstalten (Siba, Franke's Verlag), Berlin SW. 61. Preis 20 M.

Totenliste des Verbandes.

Table with 2 columns listing names and dates of death. Includes names like Kurt Bachmann, Pauline Malach, Hermann Hlemeler, etc.

Ehre ihrem Andenken!